Einzelnummer 15 Pfg.

Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802 Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter" täglich nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407 Postscheckkonto Leipzig Nr. 87578.

Nr. 42 | Bezugspreis: Monatlich 2.25 Mk. frei Haus; bei Abholung 2.00 Mk. Durch die Post bezogen monatlich 2.00 Mk. sowie 46 Pf., vierteljährlich 6.00 Mk. u. 1.38 Mk Postgebühr. Bei Einsend. a. o. Postscheck. onto monatl. 2.25, viertelj. 6.75 Mk. | Halle, Donnerstag, den 19. Februar 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 30 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 60 Pf. für die Millimeter-Zeile. Kolonialwarenanzeigen mit 50% Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang

Die Bestrafung der Kriegsverbrecher.

Die gegenwärtige deutsche Regierung hat einen nicht unbedeutenden außenpolitischen Erfolg errungen. Der Verzicht der Entente auf die Auslieferung bedeutet den hoffnungsvollen Anfang einer Verständigung, den Beginn eines Versuches, den Frieden von Versailles zu revidieren, nicht durch Aenderung seines Wortlauts, sondern durch die Art seiner Ausführung mit Rücksicht auf die Gebote praktischer Vernunft. Die Entente hat eingesehen, daß sie mit der Forderung der Auslieferung Feuer in das Gebäude des Nachbars warf, und

daß sie dadurch in die Gefahr kam,

selber mit zu verbrennen oder doch wenigstens einen Schuldner, von dessen Zahlungsfähigkeit zum guten Teil ihre eigene Existenz abhängt, zahlungsunfähig zu machen. So hat die Entente auf ihre unsinnige Forderung verzichtet nicht uns zuliebe sondern der Vernunft zuliebe und sich selber zuliebe.

In der gesamten objektiv urteilenden öffentlichen Meinung Deutschlands wird eine gewisse Befriedigung über das Einlenken der Entente zum Ausdruck gebracht. Nur ganz rechtsstehende Zeitungen lassen auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen, um gegen die Regierung zu hetzen und von „neuer vermehrter Schmach" zu reden. Andere sind ganz stumm geworden und auch die exzentralistische „Hallesche Zeitung" hat noch mit keiner Silbe zu der Ententeantwortnote Stellung genommen. Sie drückt den Wortlaut ab und schweigt sich trotz ihrer sonstigen Redseligkeit in allen Tönen aus. Der Verlauf der Auslieferungskrise paßt ihr nicht in ihren parteiagitatorischen Plan und darum braucht das edle Hetz- und Verdrehungsorgan erst einige Zeit der Sammlung, um aus dem schmucken Lederkiesel den nötigen Fäkalatschen zu machen. Einige Berliner reaktionäre Blätter sind gesprächiger und die berühmte „Deutsche Zeitung" bläst Sturm. Sie und die „Kreuzzeitung" sprudeln übereinstimmend ihr „Unannehmbar" heraus. Die „Kreuzzeitung" schreibt:

„Die Note ist unannehmbar und ebenso, wie die Auslieferungsnote, undurchführbar. Pflicht der Regierung ist es jetzt zu zeigen vor aller Welt, ob sie noch ein Gefühl für die deutsche Ehre hat. Zweckmäßigkeitsgründe können zu einer Nachgiebigkeit nicht führen. Denn die Schlinge, die die neue Note legt, ist so geschickt gekrümmt, daß nicht nur die deutsche Ehre, sondern auch unsere politische und wirtschaftliche Existenz neuen ärgsten Gefahren entgegengeht. Ist die deutsche Regierung nicht stark genug um sich diesem neuen Gewaltakt zu widersetzen, so mag sie an das deutsche Volk appellieren."

Da haben wir's. Es wird Leute geben, die der Ansicht sind, daß die reaktionäre Gesellschaft nicht weiß, wo sie hinwill. Die das glauben, irren. Klar steuern sie auf ihr Ziel,

die nationalistischen Leidenschaften um jeden Preis zu wecken,

um. Der ganze Theaterdonner, der von jenen Kreisen um die Auslieferungsfrage inszeniert wurde, hatte nichts zu tun mit dem notwendigen Rechtsstandpunkt. Wir Sozialdemokraten lehnten mit Recht und Würde und mit Erfolg ab, daß deutsche Staatsbürger, gleichviel ob schuldig oder unschuldig, an unsere ehemaligen Feinde ausgeliefert würden, wir forderten aber und fordern jetzt mit der gleichen Entschiedenheit, daß die Schuldigen vor ein rechtmäßiges Gericht gestellt und zur Rechenschaft gezogen werden. Kriegsverbrechen, die nichts mehr mit Pflichterfüllung zu tun hatten, sind begangen worden,

sie müssen gesühnt werden,

so erfordert es die Gerechtigkeit, die Ehre unseres Volkes und die Notwendigkeit, unsere Landskinder mit Erfolg den feindlichen Gerichten fernzuhalten. Die selbstverständliche Forderung nach Bestrafung wirklich Schuldiger, die allein das ganze deutsche Volk vor schlimmsten Demütigungen und neuen Plagen durch die Entente retten kann, erregt aber sonderbarerweise Anstoß bei der alldeutsch-nationalistischen Presse. Es ist dies bezeichnend und immer wollen wir uns diesen Standpunkt der „Rechts- und Ehrfanatiker" merken.

„Sie erfüllten nur ihre Pflicht", hörte man oft in diesen Tagen sagen und trotzdem muß festgestellt werden, daß es nicht „Erfüllung der Pflicht" dem Lande gegenüber war, wenn Offiziere Häuser anzündeten ließen und ihre Wohnungen in Deutschland damit zierten. Der in der bayerischen Räterepublik bekanntgewordene Oberkommunist Dr. Wadler, der während des Krieges als Alldeutscher und Oberleutnant in Belgien hauste, hat doch z. B. auch seine Wohnung mit aus Belgien gestohlenen Möbeln usw. gefüllt gehabt. Aber nicht nur dieser Konjunkturpolitiker „erfüllte so seine Pflicht".

Der Offiziersburschen sind viele in deutschen Landen, die gestohlenes Gut für ihre Offiziere in die Heimat befördert haben. Und als in den kritischen Novembertagen der Arbeiter- und Soldatenrat von Nürnberg einen Eisenbahnzug anhielt, entdeckte er zu seiner Ueberraschung ganze Waggons fremden Gutes, Bronzen, Bilder aus französischen Schlössern, die ein bekannter deutscher Heerführer und früherer Kriegsminister in seine Behausung spedieren ließ! Die so ihre Pflicht erfüllten,

sind Kriegsverbrecher,

die bestraft werden müssen und das ganze deutsche Volk muß sich dafür einsetzen, daß solche Elemente zur Rechenschaft gezogen werden.

Daß deutsche Militärgerichte nicht die geeigneten Instanzen sind, um über ihre Kameraden in diesen Dingen zu urteilen, darüber dürfte in allen Nicht-Offizierskreisen Deutschlands auch Einigkeit bestehen. Der Marloh-Prozeß, Runge-Prozeß, Killer-Helmhake-Prozeß und Dutzende ähnlichen haben gezeigt, daß eine Krähe der andern die Augen nicht aushackt und wir müssen schon einige Sicherheit haben, daß wirklich unparteiische und unvoreingenommene Gerichte, nicht Kameradengerichte, die Beschuldigungen prüfen. Vor dem Reichsgericht wird das Verfahren stattfinden, wir sind aus der tausenderlei technischen Schwierigkeiten, die diese Verfahren bringen werden, wohl bewußt und es wird viel brauchen, daß sie überwunden werden. Kurt läßt die Ententeantwort das Knäschen der Verständigung aufkeimen. Deutschland wird den Anfang dieser Verständigung nicht durch mutwillige Ausnutzung scheinbar günstiger Gelegenheiten stören dürfen. Es darf gar keinen Zweifel daran bestehen lassen, daß es mit Ernst und Eifer an die Reinigungsarbeit im Innern herangehen wird und daß kein wirklicher Kriegsverbrecher ungestraft davonkommen kann.

Nicht das Ausreißen nach Holland, wie der Heldenkaiser Wilhelm II. es beliebte, nicht das Ausreißen nach Schweden, wie es Herr Ludendorff in den kritischen Wochen für soldatisch hielt, nicht das Ausknei Ben nach heimlichen Schlössern, wie es jetzt geübt wurde, sondern die

Feststellung der Wahrheit

sind wir dem deutschen Volke schuldig. Wer Erzberger, Scheidemann und andere mit Schmutz bewirft, obgleich nicht der hundertste Teil der Anschuldigungen gegen sie erhoben wird, als gegen die Kriegsverbrecher, der wird sich um die sonst so schwerlich herbeigewünschte Untersuchung doch hier nicht drücken wollen?

Den Patriotismus zu benutzen, um Verbrechen zu verschleiern, dabei machen wir nicht mit. Uns scheint die Ehre des deutschen Volkes anderes zu verlangen. Wo wirklich Schuldige sind, müssen sie ohne Ansehen der Person bestraft werden. So erfordert es Recht, Moral und Ehre.

Die Richtlinien für das Verfahren.

Der Oberreichsanwalt Zweigert äußerte einem Mitarbeiter der „Mgd. Ztg." gegenüber, gewisse Richtlinien des Leipziger Verfahrens hätten schon fest. Diese seien durch das Gesetz vom 18. Dezember 1919 gegeben. Im Rahmen dieses vielleicht durch eine Novelle zu ergänzenden Gesetzes, das eigentlich nur für Ausland-Beschuldigte bestimmt war und das übrigens eine Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes notwendig mache, werde technisch die Durchführung der bevorstehenden Prozesse erfolgen. Es schwebten bereits bei der Reichsanwaltschaft Ermittelungsverfahren.

Regierungskrise in Frankreich.

Paris, 18. Febr. (WTB.) Millerand hat dem Präsidenten die Demission des Kabinetts angeboten. Präsident Deschanel hat sie nicht angenommen und das Kabinett gebeten, im Amte zu bleiben.

WTB. Paris, 18. Febr. Der Präsident der Wiederaufmachungskommission, Senator Jonnart, hat gestern seine Demission gegeben. Millerand hat nach den Morgenblättern Andre Tardieu die Nachfolge angeboten, der aber abgelehnt habe. Einige Blätter nennen Dutasta, andere Poincaré als Jonnarts Nachfolger.

Die Demission des Kabinetts Millerand kann mit der Niederlage, die Frankreich in der Auslieferungsfrage erlitten hat, zusammenhängen. Da aber Frankreich hier einer Meinung mit Millerand ist, können die Zusammenhänge auch andere sein. Poincaré, der Millerand die Kabinettsbildung übertrug, ist als Präsident abgetreten und Deschanel ist im Elysée eingezogen. Schon bei der damaligen Kabinettsbildung wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Kabinett Millerand nur eine Uebergangsregierung darstelle und daß der neue Präsident erst das neue, feste Kabinett bilden lassen werde. Scheinbar aber will, wie die obige Meldung besagt, der neue Präsident die alte Regierung beibehalten. Damit wäre dann allerdings die Regierungskrise behoben. Man wird aber gut tun, nähere Nachrichten aus Frankreich abzuwarten, ehe man ein endgültiges Urteil fällt.

Der Wechsel in der französischen Präsidentschaft vollzogen.

Paris, 18. Febr. Heute nachmittag fand im Elysée die sogenannte Transmission des Pouvoirs statt. Poincaré begrüßte seinen Nachfolger und erklärte in seiner Rede: Der Sturm, der über Frankreich dahinbrauste, habe nicht einen Augenblick seine republikanischen Einrichtungen in Gefahr gebracht. Sie hätten Frankreich gestattet, den Angriff siegreich zurückzuschlagen. Die Verfassung, sowie sie sei, hätte das Verdienst gehabt, die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Freiheit sicherzustellen. Zwischen der Regierung, den Kammern und der Armee seien die Beziehungen fest gewesen. Während der sieben Jahre seiner Präsidentschaft müßte Deschanel ohne Unterlaß die Ausführung des Friedensvertrages sicherstellen, dessen Verpflichtungen auszuführen sich Deutschland schon jetzt nicht sehr geneigt zeige. Es werde auch seine Aufgabe sein, die Kontinuität der französischen Außenpolitik sicherzustellen, die Bündnisse aufrechtzuerhalten, den Völkerbund zu befestigen, um aus dem Frieden, der heute nur eine Hoffnung und ein Name sei, etwas zu machen. Im Innern des Landes werde Deschanel ohne Unterbrechung zu wachen haben über die Wiederaufrichtung des Landes, über die Verbesserung der Finanzen und über den Wiederaufbau der unglücklichen Provinzen. — Präsident Deschanel seinerseits erwiderte kurz, er glaube, unterstützt von den gesetzgebenden Versammlungen, von ganzem Herzen für die Größe Frankreichs und der Republik arbeiten zu können.

Der Schutz lebenswichtiger Betriebe.

Das Oberkommando Noske erläßt folgende Verordnung: Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen ordne ich für Berlin und die Mark Brandenburg folgendes an: Alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung, Bearbeitung und Verteilung von Lebensmitteln sind als lebenswichtige Betriebe anzusehen. — Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, diese Betriebe zur Stillegung zu bringen, wird gemäß §1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen.

Rußland und Deutschland.

Rußland und Polen haben Verhandlungen über den Frieden angebahnt. Kommt der Friede zustande, so ist damit die erste Voraussetzung für die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Verkehrs gegeben. Daß dieser sofort in vollem Umfange aufgenommen werden kann, wird an den schlechten Verkehrsverhältnissen in Rußland und Polen und an den Tonnagevorhältnissen scheitern. Es wird in jedem Fall noch ziemlich lange dauern, ehe nach dem Friedensschluß zwischen Rußland und Polen, der den Weg frei macht, ein geregelter Güteraustausch zwischen Deutschland und Rußland möglich sein wird.

Ueber die Wirtschaftszustände in Rußland dringen viel verworrene Nachrichten zu uns herüber, in der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200219-19/fragment/page=0001

Hauptsache aber kümmer sie darüber Abenein, daß alles in trostlosem Zustande ist. Jüngst wurde gemeldet, die offiziöse Iswestija habe einen Erlaß herausgebracht, der die Betriebsräte, die Keimzellen der Sowjetorganisation, in aller Form abschafft. Die Abschaffung käme dann gerade in dem Zeitpunkt, in dem bei uns die Betriebsräte eingeführt worden sind. Sie werden sich hoffentlich nicht nach russischem Muster entwickeln und lebensfähig bleiben. Eine andere Alarmnachricht, die sich gleichfalls auf eine offiziöse Quelle beruft, meldet, daß der russische Wirtschaftsdiktator Krassin die Liquidierung des Bolschewismus, der das Leben des Landes nicht wieder herstellen könne, öffentlich angekündet habe.

Wie viel oder wie wenig an diesen sensationellen Meldungen wahr sein mag, so steht doch jedenfalls folgendes fest: Die Grundlagen der industriellen Produktion, Bergwerke und Verkehrsmittel befinden sich in einem vollkommen unbrauchbarem Zustand, aber man beginnt in Rußland wieder zu arbeiten. Man arbeitet unter einer von den Behörden eingesetzten und geschützten Betriebsleitung mit Akkord unter immer strenger werdenden Arbeitsdisziplin. Auf diese Weise ist es zunächst gelungen, wenigstens den Bedarf der Armee zu decken.

Was Rußland, um wieder hochzukommen, braucht, das ist nach dem übereinstimmenden Urteil aller Besucher des Landes und besonders auch der bolschewistischen selbst qualifizierte Arbeitskraft. Rußland braucht Wirtschaftsorganisatoren, Ingenieure, Monteure, die den zerrütteten technischen Apparat des Landes von Grund auf wieder neu aufbauen. Was also in erster Linie in Frage kommt, das ist nicht Warenimport, sondern qualifizierter Menschenimport. Einige zehntausend geeignete und entsprechend vorgebildete Personen könnten Wunder wirken.

In Rußland herrscht das starke Verlangen, solche Kräfte aus Deutschland zu erhalten. Noch von der Friedenszeit her steht dort deutsche Arbeitskraft in hohem Ansehen. Außerdem aber erwarten die russischen Bolschewiki auch von den Deutschen, daß sie sich am ehesten auf die neuen Ideen des russischen Wirtschaftslebens einzustellen verstehen, während sie in den Vertretern der Entente nichts anderes als Vertreter des kapitalistischen Wirtschaftssystems in seiner Reinkultur erblicken. In dieser Beziehung liegen also die Aussichten für Deutschland in Rußland günstig, solange dort nicht ein vollständiger Umschwung eintritt, der die Parteien der kapitalistischen Restauration und der Ententefreundlichkeit wieder ans Ruder bringt.

Es ist wohl denkbar, daß ein gemäßigter Reformbolschewismus für die Hilfe, die ihm in wirtschaftlicher Beziehung aus Deutschland geleistet wird, auf jede aggressive Haltung gegenüber Deutschland, auf jede Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten, kurz auf das ganze Programm der gewaltsamen bolschewistischen Weltrevolution verzichtete.

Dagegen wird auf die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus Rußland noch auf längere Zeit hinaus nicht gerechnet werden können. Erst die allmähliche Erholung der Landwirtschaft und die Wiederherstellung der Verkehrsmittel wird hier einen Wandel bringen können. Die Behauptungen der deutschen Kommunisten, man brauche nur mit Rußland in freundschaftlichen Verkehr zu treten, um von dort Lebensmittel erhalten zu können, beruhen auf einer ganz fantastischen Verkennung der Tatsachen.

Im Augenblick des wiederbeginnenden Friedens kann Deutschland viel mehr für Rußland tun, als Rußland für Deutschland tun kann. Aber die deutsche Arbeit in Rußland könnte für die Zukunft reiche Früchte tragen. Jedes Land ist an dem Wohlergehen der anderen Länder interessiert, und ein wohlhabendes, durch deutsche Mitarbeit wieder wohlhabend gewordenes Rußland wäre für uns ein wertvollerer Nachbar als ein ausgehungertes, heruntergekommenes und verwildertes.

Wenn man also in Deutschland an den Kriegsmöglichkeiten, die der Osten in seinem Schoße birgt, nicht mit geschlossenen Augen vorübergehen darf, so dürfen die Friedensmöglichkeiten noch weniger übersehen werden. Für sie ist freilich die Frage entscheidend, ob das bolschewistische Rußland den Weg friedlicher Umbildung zu praktischen Staats- und Wirtschaftsformen finden wird, oder ob ihm ein neuer Umsturz bevorsteht, der alle auf den gegenwärtigen Verhältnissen basierenden Grundlagen der Berechnung jäh zerstört. Auf diese Frage vermag aber niemand bestimmte Antwort zu geben.

Die Betriebsratswahlen.

Betriebsrat, Arbeiterrat und Angestelltenrat.

Der Aufbau der Betriebsräte, der Arbeiter- und Angestelltenräte nach dem Betriebsrätegesetz ist bisher nur wenig bekannt. Er sei daher im folgenden kurz beschrieben.

Das Gesetz sieht Betriebsräte für alle Betriebe von regelmäßig 20 Arbeitnehmern aufwärts vor; Arbeitnehmer sind Arbeiter und Angestellte. Die bisher geltende Verordnung vom 23. Dezember 1918 verlangte 20 Arbeiter oder 20 Angestellte als Voraussetzung eines Ausschusses, das neue Gesetz bringt also für viele Betriebe Vertretungen, die keine Ausschüsse hatten.

Die Zahl der Betriebsratsmitglieder richtet sich nach der Zahl der Arbeitnehmer und ist im Gesetz im einzelnen genau vorgeschrieben. Auf Alter, Staatsangehörigkeit usw. der Arbeitnehmer kommt es hierbei nicht an; auch die nicht wahlberechtigten Jugendlichen unter 18 Jahren rechnen mit. Sind im Betriebe Arbeiter und Angestellte vorhanden, so richtet sich die Vertretung der einzelnen Gruppe im Betriebsrate nach ihrem Zahlenverhältnis zur Gesamtarbeitnehmerzahl des Betriebes; jedoch ist der Minderheitsgruppe eine gewisse Mindestvertretung zugeschert, damit sie nicht u. U. zu wenig Vertreter hat. Jede Gruppe wählt ihre Vertreter für sich.

Beispiel: Der Betrieb hat 375 Arbeitnehmer, mithin nach § 15 des Gesetzes 7 Betriebsratsmitglieder. Von den 375 Arbeitnehmern sind 50 Angestellte, 325 Arbeiter. Dann sind die 7 Mitglieder nach dem Verhältnis von 325 : 50 zu verteilen, wobei zu beachten ist, daß die Minderheitsgruppe der 50 Angestellten wenigstens 2 Mitglieder im Betriebsrat haben muß. Die Verteilung geschieht nach dem sogen. Höchstzahlensystem; d. h. es werden jene beiden Zahlen in einer Reihe nebeneinander geschrieben, sodann werden sie solange durch 1, 2, 3 usw. geteilt, bis ausnahmsweise das höhere Zahlen, als aus den früheren Reihen für die Zuweisung von Sitzen in Betracht kommen, nicht mehr entstehen:

	325	50
:2	162½	25
:3	108⅓	
:4	81¼	
:5	65	
:6	54⅙	
:7	46⅐	

An sich würden auch auf die mit 325 beginnende Gruppe sechs Höchstzahlen (325 bis 54⅙) also ebensoviel Sitze auf die andere Gruppe eine Höchstzahl — 50 — also ein Sitz entfallen. Da aber, wie ob n bemerkt, der Minderheitsgruppe zwei Vertreter zustehen, sind nur fünf Vertreter für den Betriebsrat von den Arbeitern, zwei Vertreter aber von den Angestellten zu wählen.

Neben den Betriebsräten, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber wahrzunehmen und ihn in der Erfüllung der Betriebszwecke zu unterstützen haben, gibt es dort, wo im Betriebsrat Arbeiter und Angestellte sitzen, Arbeiterräte und Angestelltenräte. Diese werden grundsätzlich aus den Arbeiter- und Angestelltenmitgliedern des Betriebsrats gebildet.

Wenn jedoch bei Anwendung der für die Betriebsratsmitgliederzahl maßgebenden Tabelle auf die Arbeiter und Angestellten die eine oder andere Gruppe mehr Vertreter haben würde, als sie im Betriebsrat tatsächlich hat, sind für den Gruppenrat (d. h. den Arbeiterrat oder Angestelltenrat) Ergänzungsmitglieder hinzuzuwählen.

Im obigen Beispiel liegt 325 in der gleichen Stufe wie 375 (zwischen 200 und 399); die 325 Arbeiter müssen daher, wie der Betriebsrat 7 Mitglieder hat, so einen Arbeiterrat mit 7 Personen haben; es sind also zu den 5 Arbeitern, die für den Betriebsrat zu wählen sind, 2 Arbeiter für den Gruppenrat als Ergänzungsmitglieder hinzuzuwählen.

Die 50 Angestellten sind in der Stufe 50—99, in der für einen Betriebsrat 5, also auch hier für den Angestelltenrat 5 Mitglieder zu wählen sind. In unserem Beispiel sind zu den 2 Angestelltenmitgliedern des Betriebsrats 3 Ergänzungsmitglieder für den Angestelltenrat hinzuzuwählen.

Die Wahl sowohl der Betriebsratsmitglieder als auch der Ergänzungsmitglieder findet im gleichen Wahlgang statt.

Für die Arbeiter des obigen Falles sei dies an einem Beispiel gezeigt.

Von den 325 Arbeitern seien 310 wahlberechtigt, der Rest noch nicht 18 Jahre alt, also ohne Wahlrecht. Aufgestellt sind 3 Listen: I, II, III. Bei der Wahl sollen 300 gültige Stimmen abgegeben sein, von denen Liste I: 200, Liste II: 68, Liste III: 32 erhält. Dann werden die 7 zu wählenden Personen nach dem oben beschriebenen Höchstzahlensystem wie folgt ermittelt:

	I	II	III
	200	68	32
:2	100	34	16
:3	66⅔		
:4	50		
:5	40		
:6	33⅓		

Die Höchstzahlen sind der Reihenfolge nach 200, 100, 68, 66⅔, 50, 40, 34. Von den fünf ersten Höchstzahlen die die Betriebsratsmitglieder angeben, entfallen 4 (200, 100, 66⅔, 50) auf Liste I, 1 (68) auf Liste II. Mithin stellt Liste I 4 Betriebsratsmitglieder und 1 Ersatzmitglied, Liste II 1 Betriebsratsmitglied und 1 Ersatzmitglied. Fällt im Laufe der Zeit ein Mitglied fort, so rückt der Nachfolger der Liste auf.

Die Reichsschul-Konferenz.

WTB. Berlin, 17 Febr. Mit den Vorarbeiten für die Reichsschulkonferenz ist seinerzeit vom Reichsschulausschuß ein engerer Ausschuß betraut worden, der aus Mitgliedern des Reichsministeriums des Innern und des Preußischen Kultusministeriums besteht. Diesem Ausschuß lag vor allen Dingen die schwierige Aufgabe ob, die Teilnehmer an der Reichsschulkonferenz zu bestimmen und zu diesem Zweck eine Auslese aus den zahlreich eingelaufenen Meldungen zu treffen. Da auch nach Ablauf der bis 31. Dezember 1919 ausgedehnten Anmeldefrist noch begründete Bewerbungen eingingen, konnten die abschließenden Beratungen erst in diesen Tagen stattfinden. Den Vereinen und den Körperschaften, denen Sitze auf der Reichsschulkonferenz eingeräumt wurden, wird demnächst eine Mitteilung über die Zahl der ihnen zur Verfügung gestellten Plätze zugehen. Es steht ihnen frei, selber die von ihnen zu entsendenden Persönlichkeiten zu benennen. Außerdem wird das Reich von sich aus noch eine Anzahl von Einzelpersonen zur Reichsschulkonferenz einberufen. Insgesamt wird sich die Teilnehmerzahl auf ungefähr 450 belaufen.

Die Verhandlungen beginnen am Mittwoch, den 7. April und dauern bis zum Sonnabend, 17. April. Für diese Zeit hat der Präsident der Nationalversammlung in dankenswerter Weise die Räume des Reichstages zur Verfügung gestellt.

An den ersten vier Tagen finden Vollsitzungen statt, in denen die drei umfassenden Gegenstände der Tagesordnung Erörterung gelangen (Einheitsschule, Arbeitsschule, Lehrerbildungsfragen). Die folgenden Tage werden für Ausschußberatungen zur Verfügung gestellt, und zwar sowohl zur weiteren Besprechung der in den Vollsitzungen verhandelten Gegenstände, als auch zur Beratung der übrigen Gegenstände der Tagesordnung (Schüler, Eltern, technische Vereinheitlichung des Unterrichtswesens, Schulverwaltung, Privatschulwesen). Die letzten drei Tage sind wieder für Vollsitzungen bestimmt, in denen die Berichte aus den Ausschüssen entgegengenommen werden sollen.

Zur Erledigung der zahlreichen sonstigen Aufgaben und der gastlichen Pflichten, die mit einer derartigen Tagung verbunden sind, ist vom Reichsministerium des Innern die Gründung eines Ortsausschusses in die Wege geleitet worden, in dem die wichtigsten und größten der in Betracht kommenden Organisationen vertreten sind.

Ein erfreulicher Aufruf.

Die P. P. N. melden: In der „Westdeutschen Landeszeitung" erscheint ein erfreulicher Aufruf der „Freien Bauernschaft". Sie führt darin aus, daß sie ihr Ziel, die Preiserhöhung für den Doppelzentner von 0.90 Mk. auf 1 Mk. durchgesetzt habe und, da ihr nun ihr Recht geworden sei, sei es jetzt an den Landwirten, auch ihre Pflicht zu tun, da die Brotversorgung zusammenzubrechen drohe. Der Aufruf schließt: „Nur eine Losung gibt es für uns: Alles Brotgetreide restlos dem Kommunalverband!"

Arbeitspflicht in Rußland.

Helsingfors, 16. Februar. (WTB.) Trotzki erklärte dem Zentralexekutivkomitee, daß die Arbeitspflicht strengstens durchgeführt werde, ferner sei die Einführung von Naturallöhnen notwendig. Neue Arbeitsarmeen werden im Uralgebiet sowie in der Ukraine gebildet.

Die Hölle.

66) Roman von Henri Barbusse.

Allein berechtigte deutsche Uebersetzung von Max Hochdorf.
(Copyright by Max Rascher, Verlag A.-G., Zürich)
(Nachdruck verboten)

Was bin ich? Ich bin die Sehnsucht, nicht zu sterben. Immer hat die Sehnsucht in mir gewaltet, nicht nur an diesem Abend, da der Wunsch mich reidt, den mächtigen und starken Traum zu gestalten, den ich nicht mehr aufgeben werde. Wir sind alle und immer die Sehnsucht, nicht sterben zu müssen. Unmeßbar und bunt ist die Sehnsucht, wie die Wirrnis des Lebens, aber sie ist im Grunde nur dieses: Weiterleben, weiter, mehr sein und mehr, aufblühen und dauern. Alle Kraft, die man besitzt, alle Gewalt und innere Erleuchtung dienen nur diesem Aufschwunge, welcher Art er auch sei. Aufschwingen darf man mit neuen Eindrücken, mit neuen Empfindungen, mit neuen Gedanken. Man rackert sich ab, um das zu erwerben, was man nicht hat, denn man möchte es seinem Besitze zufügen. Die Menschheit, das ist die Sehnsucht nach dem Neuen, die siegen will über die Todesfurcht. Das allein ist es. Ich, ich habe das gesehen. Die Regungen des Instinktes und der Sehnsuchtschrei, der freiem Willen entsprang, sie waren alle nach der gleichen Richtung gerichtet, wie die gleichen Merkzeichen. Im Grunde waren die unähnlichsten Worte ganz einander gleich.

•

Aber hernach — wo sind die Worte, die Licht hinschütten auf die Wegstrecke? Wenn die Menschheit so beschaffen ist, was ist denn ihr Walten auf der Welt? Was ist denn die Wahrheit selber?

Ich erinnere mich, ich tauche in die Erinnerung, wie ein Mensch, der nach Hilfe ausschreit. — Einen Eckstein und eine Schranke, an denen sich die heilige Unruh rastend verankern könnte! Erkenntnis von der Bedeutung dessen, was ein Mensch im Kreise der Dinge ist, diese Erkenntnis, die ich mit Aufgebot meines ganzen Lebens gesucht habe!

Unermeßlichkeit eines Jeglichen von uns! Erstes großes Merkzeichen in dem Dunst: Wahrheit ist es, daß auch vor der Einsicht des dürftigsten Betrachters das Menschenherz seine Trauerfinsternis und seine Festesfeierlichkeit entfaltet, wie Natur sich entfaltet, jegliche Natur. Es ist wahr, daß die Sterne am Himmel der Provence erbleicht sind, als Mireille an ihrem Fensterlein erschien.

Ich stehe mitten in dem Weltenall. Mein Haupt überkronen die Gestirne. Die Erde trägt mich und hält mich aufrecht. Ich raste auf dem Gipfel der Jahrhunderte. Alles schürfe ich heran zu mir, die umfänglichen und nicht minder die belanglosen Dinge des Geistes und des Herzens. Mit der Hand beschatte ich das Auge am Tag, und ich mache Nachtschatten um mich, und zur Nachtzeit halte ich den Nachtschatten ferne von mir. Schließe ich die Augen, dann kann der nächtliche Azur des Himmels nicht mehr bestehen. Alle großen Dinge werden gering, sie können von mir nur Leben empfangen.

•

Ich sitze, das Haupt in die Hand gestützt.

Dann fühlen meine Finger die Knochen des Schädels: die Augenhöhlen und das Abfallen der Schläfen, den Kiefer. Ein Schädel. —

Ein Schädel! Aber ich kenne das! Mein Schädel gleicht den übrigen Schädeln. Ach, diese Brüderschaft zwischen mir und den übrigen Menschen, daran hatte ich niemals gedacht! Ich sehe sie. Ich sehe in einer Schattenwolke meine Knochen und mein Gebein. Ich erkenne in mir selber mein ewiges Staubgespenst wieder und mein Skelett, so, wie man einen Bekannten wiedererkennt. Ich berühre und betaste das trübselige und bleiche Ungeheuer, das ich im Grunde bin. — Meine Träume voller Großartigkeit sind zerronnen. Denn mein Schädel ist gleich den übrigen Schädeln, gleich allen denen, die gewesen sind.

Wieviel Schädel hat es je gegeben? Seit hunderttausend Jahren gibt es eine Menschheit, und das bleibt wahrscheinlich noch hinter der Wahrheit zurück. Leben nun auf der Erde anderthalb Milliarden Menschen, die sich alle dreißig Jahre erneuern, so macht das vierhundertfünfzig Milliarden Menschenschädel aus, die seit Menschengedenken in Staub zerfallen sind.

•

Ich werde in die Erde eingehen. Ich werde eine Krankheit haben oder eine Wunde, die ein Fleckleln meines Körpers schneller zur Fäulnis bringen werden. Zweifellos werde ich an einer Krankheit sterben, an irgendeinem entarteten, gebrochenen oder gehemmten Organ, oder auch wohl im Wahnsinn, der alles übrige zerbricht. Ich werde an einer Krankheit sterben und all mein Blut mit mir. (Ich möchte doch wohl lieber im Purpurglanz einer Wunde dahingehen.)

Und auch mich, man wird auch mich in die Erde hineinsenken, obwohl das seltsam erscheinen mag. Schon verspüre ich als warnende Spur des Erdstaubes diese Beklaudung, die mich alle Tage überfällt, und die ich abwaschen muß von mir und abstreifen und abschaben. Der düstere Enzel des Erdreiches ist mit mir. O, die Worte des Dichters kommen mir wieder ins Gedächtnis, sie drücken mich zu Boden!

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, geht Schillers „Wilhelm Tell" in Szene. Freitag „Figaros Hochzeit". Sonnabend, nachmittags 2½ Uhr, Schülervorstellung bei kleinen Preisen „Don Carlos", abends 8 Uhr, 5. Konzert (2. Konzert des Händel-Vereins) unter Leitung von Professor Alfred Rahlwes. Solisten Elsa Ray, München und Professor Willy Hess, Berlin. Sonntag nachmittag wird „Die Rose von Stambul" wiederholt, abends „Königskinder". Montag „Lohengrin".

Im Thaliatheater gelangt am Sonntag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, das Schauspiel „Nora" von Ibsen durch das Stadttheaterpersonal zur Aufführung.

Literatur.

„Der Firn", Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Berlin W. 57. Das soeben erschienene 10. Heft vom 15. Februar dieser neuen sozialistischen Zeitschrift enthält u. a.: Wir und Rußland (Leitartikel). Die Auslieferungsnot von Karl Lensch. „Der Firn" erscheint vierzehntägig und ist durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag Berlin W. 57 zu beziehen. Abonnementspreis: Vierteljährlich (6 Hefte) 5,50 Mk. Dies vorliegende, sowie Einzelhefte 1 Mark. Probenummer kostenlos.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200219-19/fragment/page=0002

Die schärfste Waffe der Arbeiterklasse.

Das deutsche Volk hat sich ein tragisches Schicksal geschmiedet. In der Werkstatt, in der des Volkes Glück geformt und sein Aufstieg vorbereitet werden sollte, standen gewissenlose Stümper, die nicht nach Fähigkeit und Gewissen, sondern nur nach Besitz und Standesherkommen auserwählt waren. Ihnen gab man die schweren Schicksalshämmer in die Hand. Nicht wie freudig Schaffende, die mit innigster Hingabe beim Werke sind, in dem Bewußtsein, der Menschheit mit ihrer Arbeit ein gebührendes Stück Segnung zu bringen, sondern wie rasende Dilettanten schlugen sie auf Eisen und Ambos des Geschehens.

Das Herdfeuer schürten schamlose Egoisten.

Die unersättliche Meute des Großkapitals hatte ihre verbrecherischen Hände im Spiel. Das Profitfieber stieg an jedem Tage. Die von ihm Befallenen verloren Verstand und Besinnung. Sie tobten und vergaben jede Rücksicht auf das allgemeine Menschentum. Sie vermochten sich nicht mehr ihrer Gattung als Menschen zu erinnern. Vor ihr umnachtetes Auge hatte der Profitteufel ein Bild gezaubert, von dem sich der noch auf normaler sittlicher Warte stehende Mensch keine Vorstellung machen kann. Im Fieberwahne erschien diesen Entarteten das eigene Vaterland zu klein.

Wahnsinnige Militaristen

sehnten sich danach, erobernd in andere Länder zu ziehen. Die Leiber der Hunderttausende von Namenlosen aus dem armen Volke wurden zwangsweise in den Dienst dieses verbrecherischen Unternehmens gestellt und im wildesten Schlachtenkampf erbarmungslos dem feindlichen Feuer preisgegeben.

Die bürgerliche Presse

hat die unselige Politik, die zu dem furchtbaren Weltkriege führte, in der Hauptsache mit verschuldet. Sie hetzte die Völker gegeneinander auf, verherrlichte Monarchen, die sich lediglich nur noch Narren und das Spielzeug geriffener Kaufmannen und adeliger oder kapitalistischer Interessenreiter schäbiester Art waren. Die Zeitungen der bürgerlichen Parteien halfen das arbeitende Volk unterdrücken und waren stets im vorderster Kampfeslinie, wenn es galt, den Armen die heiligsten Lebensgüter und staatsbürgerlichen Rechte vorzuenthalten.

Die Verfolgung der kämpfenden Arbeiterklasse

stieg zeitweise bis zur Unerträglichkeit. Alle bürgerlichen Parteien samt ihrer Presse leisteten dabei dem alten Gewalt- und Geldsackstaat die schäbigsten Bütteldienste. Alles, was nicht deutsch war, wurde heruntergerissen und verächtlich gemacht. So wurde der deutschnationalistische Größenwahn erzeugt. Die übrigen Völker der Welt aber begannen uns nicht nur zu hassen, sondern zu verachten. Das führte zu dem entsetzlichen Blutbade, an dessen Ende wir nun arm, elend, leiblich und seelisch heruntergekommen dastehen als Objekt des Erbarmens oder vielleicht gar des Spottes der anderen Völker.

Der zähe und opferreiche Kampf der Arbeiterklasse

war schwer, aber nicht ohne Erfolg. Endlich führte er zur Beseitigung des alten Macht- und Unterdrückungssystems. Sein Sieg war die Revolution. Nie hätte die Arbeiterschaft zur politischen Macht gelangen können ohne den mächtigen geistigen Einfluß und den mutigen Kampf der

Arbeiterpresse.

Nie sollten die Arbeiter vergessen, daß sie aus dem traurigen Elend ungehemmter privatkapitalistischer Ausbeutung über die furchtbarsten Drangsalszeiten rücksichtsloser Verfolgungen bis zur allgemeinen Anerkennung sozialpolitischen Schutzes der Besitzlosen und bis zur staatsbürgerlichen Freiheit nie hätten kommen können, ohne ihre mutige und politisch reife Arbeiterpresse. Auch sollten die Arbeiter nie vergessen, daß sie aus geistiger Abgestumpftheit und dumpfem Brüten niemals hätten die Stufe geistiger Erkenntnis erklimmen können, auf der sie heute stehen. Daß heute auch die Arbeiter an den Errungenschaften des menschlichen Geistes- und Kulturschaffens mit teilnehmen oder wenigstens mit davon naschen können, verdanken sie neben dem unermüdlichen Wirken ihrer Organisationen vor allem der sozialdemokratischen Presse. Die sozialdemokratische Zeitung wird auch fernerhin mutig, furchtlos, führend die treueste Sachwalterin des Proletariats im Kampfe um gerechte Teilnahme an dem Genuß aller materiellen und geistigen Güter sein.

Jetzt ist auch die Arbeiterpresse in Not.

Die ungeheuren Verwüstungen des Krieges, die unser Wirtschaftsleben an den Rand des Nichts brachten und in ihren Folgen alle Waren maßlos verteuerten, führten naturgemäß auch zu einer sehr wesentlichen Erhöhung des Bezugspreises der Zeitungen. So mancher Arbeiterleser hat aus diesem Grunde schon sein Parteiblatt abbestellt. Man soll in der Zeit der Not niemals den Freund verlassen, der einem beigestanden hat in Jahren und Jahren, in denen man sich aus dem Pfuhl des Elends und der eigenen Not emporarbeiten mußte zu Freiheit und Licht. Die Zahl derjenigen, die dem Parteiblatte die Treue brechen in dem Augenblick, da sie sich gerade am herrlichsten bewähren sollte, ist nicht groß. Aber auch diese wenigen sollten bedenken, daß sie dadurch den reaktionärsten Widersachern des Proletariats den allerbesten Dienst erweisen. Die sozialdemokratische Zeitung ist

die wuchtigste Waffe der Arbeiterklasse.

Nicht ohne kluge Interessenüberlegung wurde die Parteipresse im alten Obrigkeitsstaate so sehr geknebelt und verfolgt. Reaktion und Geldsack witterten die Gefahr. Sie wußten sehr wohl, warum sie jede Gelegenheit benutzten, sozialdemokratische Redakteure in Zuchthäuser und Gefängnisse zu stecken. Die Parteizeitung bringt dem Arbeiter politische und ökonomische Schulung, sie bildet ihn und hebt ihn sittlich empor. Sie verwandelt das instinktive Elendsempfinden der Arbeiter und den daraus entspringenden namenlosen Haß zum klaren Bewußtsein der Klassenzugehörigkeit und der aus dieser entstehenden großen historischen Pflichterfüllung des Proletariats. Die sozialdemokratische Presse geißelte unbarmherzig und beweiskräftig die brutale, skrupellose und ungerechte Politik des Bürgertums und des Adels. Sie half den künstlich gezüchteten Standesdünkel der vielen schlechtbezahlten und notleidenden geistigen Arbeiter überwinden und brachte diesen sowie auch den vielen Angestellten und Beamten, denen der alte Staat das Recht der staatsbürgerlichen Freiheit bestritten und die persönliche Eigenwürde geraubt hatte, zum Bewußtsein, daß sie in das Kampfheer der Sozialdemokratie gehören.

Die schwersten Aufgaben stehen noch bevor.

Die Errungenschaften der Revolution sind in Gefahr. Bürgertum und Adel rüsten sich zum großen Schlage gegen die Sozialdemokratie. Sie wollen das alte System wieder herbeiführen. Wehe der Arbeiterschaft, wehe allen wirtschaftlich Schwachen, wenn das geschehen würde. Die ungeheure Steuerlast würde dann in der Hauptsache auf die Armen abgewälzt, das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters, Angestellten und Beamten in Werkstatt, Kontor und Amtsstube wieder beseitigt, die politische Einflußnahme all dieser fleißig Schaffenden wieder unmöglich gemacht werden. Es würde eine neue Aera politischer Knechtung und wirtschaftlicher Sklaverei beginnen.

Die schweren Wahlkämpfe

stehen unmittelbar bevor. Alles, was an Haß und Leidenschaft in früheren Wahlkämpfen sich schon zeigte, wird diesmal noch überboten werden. Die Schatten sind bereits vorausgeworfen. Millionen werden das Großkapital und die Sippschaft des alten Militarismus opfern, um die deutschnationale und die übrige bürgerliche Presse kampffähig zu erhalten. Dieser schwere Wahlkampf wird von der Arbeiterschaft nur mit Erfolg bestanden werden können, wenn sie auch für die Erhaltung und den Ausbau der sozialdemokratischen Presse Sorge trägt. Die wirtschaftlichen Kräfte der arbeitenden Volksschichten sind in dieser Zeit der Not beschränkt. Sie können nicht große Geldspenden machen, wie der Kapitalist für sein Blatt. Aber eines können sie, sie müssen ihrem Parteiblatt gegenüber nach dem edlen Grundsatz handeln:

Treue um Treue!

Handeln sie so und werben noch ständig neue Leser, dann wird der Geist des Sozialismus in noch viele Herzen und Hirne seinen Einzug halten, dann wird die Kampfarmee unserer Partei immer größer werden. Die bisherigen Erfolge der Revolution werden gesichert, weitere ermöglicht werden.

Der Kampf gegen die Reaktion

jetzt und im Wahlkampfe wird dann freudig geführt und erfolgreich beendet werden können. Die Errungen der Usurpatoren von der äußersten Linken, die gerade jetzt unsere gesamte Volkswirtschaft vor ungeheure Gefahren bringen, die durch ihre Streikhetzen uns um Arbeitsgelegenheit und Brot bringen, werden um so eher wieder in vernünftige Besonnenheit umschlagen, je fester die Arbeiter der sozialdemokratischen Presse die Treue halten und weiter für sie werben. Ohne eine kräftige und weiterverbreitete sozialdemokratische Presse besteht die Gefahr, daß die Arbeiterschaft über die Tollheiten der Spartakisten und Unabhängigen hinweg wieder in die Klauen der Reaktion geschleudert wird. Vor diesem Unheil mag uns das Schicksal bewahren.

Für den großen Regierungsbezirk Merseburg ist die

Die „Volksstimme"

das erprobte und bewährte Organ der Partei. Sturm und Kampf hat sie stets in Ehren bestanden, als die wirtschaftlich Schwachen noch zu Heloten im Staate verdammt waren. Sie hat ihr redlich Teil mit dazu beigetragen, den Aufstieg der Arbeiterklasse zu Licht, Freiheit und staatsbürgerlicher Gleichberechtigung zu ermöglichen.

Ihr Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrer und alle wirtschaftlich Schwachen! Dankt ihr das durch weitere Treue!

Lest, unterstützt die Volksstimme! Sie ist eure schärfste Waffe.

Der Konflikt in der Adriafrage.

Washington, 18. Febr. (Reuter.) (Amtlich.) Wilsons Memorandum hat den Alliierten mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten möglicherweise die Zurückziehung des Versailler Vertrages aus dem Senat erwägen müßten, wenn die Alliierten fernerhin bei der Verfolgung ihrer Pläne ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten handelten.

Es ist nunmehr also tatsächlich zum offenen Konflikt zwischen Wilson und den Alliierten wegen der Adriafrage gekommen, doch scheint, wie die nachstehende Meldung besagt, in dieser Frage die öffentliche Meinung Amerikas nicht hinter Wilson zu stehen.

WTB. **Amsterdam**, 18. Febr. Einer Londoner Meldung des „Telegraaf" zufolge sind die amerikanischen Pressestimmen zur Note Wilsons über die Adriafrage so ungünstig, wie die über die Entlassung Lansings. „New York Sun" fragt, ob Lloyd George, Millerand und Nitti sich mit der Diktatur Wilsons abfinden würden. „New York Globe" fragt, ob die Alliierten dann die adriatische Küste der Anarchie preisgeben wollen, solange bis die Ärzte Wilson für fähig erachten, die Angelegenheit persönlich zu behandeln.

England will Deutschland weiter helfen.

Amsterdam, 18. Febr. (WTB.) Wie die englischen Blätter vom 16. Februar melden, sagte Churchill in seiner Rede in Dundee noch: Unser Interesse war es, in Rußland eine Regierung zu sichern, die sich nicht in die Hände der Deutschen begeben würde. Das haben wir versucht, es liegt aber auch im Interesse Englands, daß Deutschland nicht in die Arme Rußlands getrieben wird. Deshalb muß England alles tun, um der gegenwärtigen deutschen Regierung weiter zu helfen. Churchill sagte weiter, es müsse so bald wie möglich ein Friede mit der Türkei geschlossen werden, der nicht die Gefühle aller Mohammedaner auf der Welt gegen England vereinige. Die Verzögerung des Friedensschlusses habe eine besonders ungünstige Wirkung für England gehabt infolge der dadurch verursachten Erregung in Indien und im nahen Osten.

Kurze Notizen.

Die „Leipziger Volkszeitung" wird, wie die Freiheit meldet, von Donnerstag ab wieder erscheinen.

Die „Arbeiterwacht", das Blatt der „Unabhängigen" in Oberschlesien, hat wegen Lesermangels ihr Erscheinen eingestellt.

Die Danziger Frühjahrsmesse wurde Dienstag abend im Ratshofe-Winterkeller eröffnet. Oberbürgermeister Sahm begrüßte Sir Reginald Tower und die anderen Gäste. Rund 1100 Aussteller sind an der Messe beteiligt.

Theaterstreik in Danzig. Die Solomitglieder des Stadttheaters spielen wegen Gehaltsstreitigkeiten nicht. Seit Montag abend finden keine Vorstellungen statt.

Prozeß Erzberger—Helfferich.

Berlin, 17 Februar. Heute sind die Zeugen zum Fall Arbendat wieder geladen. R.-A. Alsberg stellt dazu noch neue Anträge. Vorher wird aber der Fall Otto Wolff in öffentlicher Verhandlung weiter behandelt. Helfferich macht dazu einige Erklärungen. Es gibt ein Gesetz über die Wegsteuerung der sogenannten Kriegsgewinne, das angeblich von den Gewinnen, die vom 1. Januar 1914 zum zum 30. Juni 1919 erzielt worden sind, nur 72 000 M. in den Händen der Kriegs- und Revolutionsgewinnler läßt. Man sollte also annehmen, daß auch die Firma Otto Wolff von ihren Hundert-Millionen-Gewinnen, so weit sie bis zum 30. Juni vorigen Jahres erzielt worden sind, alles bis auf einen übermäßigen Rest werde herausrücken müssen. Die Firma Otto Wolff denkt offenbar nicht daran. Die Absicht kann, wenn ihre sofortige Beseitigung mit einer besonderen Härte für den Pflichtigen verbunden wäre, gestundet werden und zwar auf fünf Jahre durch das Besitzsteueramt, auf zehn Jahre durch die Oberbehörde, auf zwanzig Jahre durch die Oberlandesfinanzbehörde im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister. Ich will nun nicht behaupten, daß der Reichsfinanzminister der Firma Otto Wolff die Stundung auf zwanzig Jahre bereits angesagt habe, aber ich glaube, daß auf Grund meiner Einblicke in die Dinge allerdings sagen zu können: Die Firma disponiert bei ihren großen geschäftlichen Transaktionen so, als ob sie die Stundung des Reichsfinanzministers bereits in der Tasche hätte.

Vorsitzender: Das wollen wir doch durch die Zeugen erst zu ergründen suchen.

Erzberger: Komisch berührt es mich, daß der Angeklagte mich anzeigt, daß ich als Finanzminister gegen die reichen Leute nicht in ausreichender Weise vorgehe. Diese Anzeige richt ein sich gegen den Finanzminister, der immer angegriffen wird, daß er das Kapital weglustiere. Das macht der Herr zu sagen, der geschrieben hat, daß ich das ganze Großkapital verschwende. Ich habe durch die Kriegsgewinnsteuer 98 Prozent weggesteuert, durch das Reichsnotopfer große Eingriffe gemacht und jetzt schlage ich die Vermögenszuwachssteuer. Wenn es dem Angeklagten darum zu tun war, etwas Unsolides aufzudecken — mir sind die vorgebrachten Dinge ganz neu, ich kann mich nicht um alles bei meinen Geschäften kümmern — weshalb hat er dann nicht, wie es seine Pflicht als Staatsbürger war, den nächstgehenden Stellen Kenntnis gegeben. Es wäre dann Remedur geschaffen worden. Die Fragebogen für die Steuer werden erst ausgegeben, kein Mensch in Deutschland ist jetzt im Besitz eines Steuerbescheides. Noch keine Firma war daher in der Lage, eine Stundung zu beantragen. Es ist eine unerhörte Verdächtigung, auszusprechen, daß ich der Firma Wolff & Straus bereits Gelegenheit gegeben habe, davon Gebrauch zu machen und daß sie von mir eine Zusage erhalten hat. Darüber werde ich unter Eid aussagen. Trotzdem bringt der Angeklagte seine Verdächtigungen mit einer Leichtfertigkeit sondergleichen vor, die um so unerhörter sind, weil sie von einem früheren Vizekanzler des deutschen Reiches kommen. Während meiner Tätigkeit als Minister bin ich in Weimar nicht ein einziges Mal Gast des Herrn Strauß gewesen. In Berlin nach meiner Erinnerung nur einmal und da habe ich mich nachher geworfen. Was das Jeuen anbetrifft, so muß ich zu meiner Beschämung erklären: Ich kenne nicht einmal Karten. Ich bin an der Ernennung des Herrn Strauß völlig unbeteiligt und habe davon erst nachher gehört. Die Ernennung ging von der preußischen Regierung aus und die Reicher eigenen hatte darauf keinen Einfluß. Unter Eid erkläre ich, daß die Firma Strauß nie an mich herangetreten ist und daß ich ihr nie eine mündliche oder schriftliche Zusage gemacht habe.

Dr. Alsberg: Ich frage den Zeugen Erzberger: Haben Sie Ihren politischen und geschäftlichen Freunden gesagt, der Friede

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200219-19/fragment/page=0003

werde unter allen Umständen geschlossen? Und ist Ihnen nicht bekannt, daß auf Grund dieser Mitteilungen die Valutaschiebungen in der Schweiz einsetzten? Erzberger: In meiner Fraktion habe ich selbstverständlich keinen Zweifel gelassen, daß nach meiner Ansicht nichts anders übrig bleibe als Frieden zu schließen. Ob dies nach außen gedrungen und ob daraufhin Valutaspekulationen eingesetzt haben, kann ich nicht wissen.

Vorsitzender: Sie haben niemand einen Tipp gegeben?

Erzberger: Nein.

Längere Auseinandersetzungen entspinnen sich dann noch über die Frage der Ausstellung von Pässen. Erzberger erklärt, daß er hierin sehr rigoros vorgegangen sei, während unter der Amtszeit des Angeklagten eine große Lässigkeit herrschte. Fast jede Stelle konnte sogenannte Laissez passer ausstellen. Wer einen solchen Schein hatte, konnte ziemlich ungefährdet über die Grenze kommen.

Heffferich: Sind Sie nicht selbst mit einem von Herrn Strauß ausgestellten Paß nach der Schweiz gereist?

Erzberger: Nein, mein Paß war von dem zuständigen Polizeipräsidium in Charlottenburg ausgestellt.

Sodann wird Geheimer Regierungsrat Strauß als Zeuge aufgerufen. Er gibt zu, daß die Firma Wolff Geschäfte von bedeutendem Umfange gemacht habe. Seine Firma gehöre zu einem der größten Unternehmen. Herrn Erzberger kenne er erst seit der Revolution. Durch den Reichsfinanzminister habe er keine Vorteile gehabt. Vorsitzender: Und umgekehrt Herr Erzberger durch Sie auch nicht? Zeuge: Nein. Vorsitzender: Haben Sie ihm geschäftliche Tipps gegeben. Zeuge: Nein, niemals. Ich war 1915 Soldat. Bei Revolutionsausbruch war ich beim Auswärtigen Amt tätig. Auf Veranlassung des damaligen Unterstaatssekretärs Backe trat ich in die Informationsstelle der Reichsleitung, dann in die Nachrichtenstelle der preußischen Staatsregierung. Vorsitzender: Demnach verdanken Sie Ihre Stellung nicht Herrn Erzberger? Zeuge: Ausgeschlossen. Persönliche Beziehungen zu Herrn Erzberger habe ich nicht gehabt. Der Zeuge Geheimrat Strauß erklärt, daß seit 1915 die Geschäfte ganz in Händen Wolffs lagen. Er habe sich um die Geschäfte nicht gekümmert.

Dr. Heffferich: Hätten Sie ohne Herrn Erzberger die Stellung erhalten?

Zeuge: Exzellenz müssen doch wissen, daß man zum Geheimen Regierungsrat in Preußen nur durch Ministerialbeschluß ernannt wird und daß ein Reichsminister darauf keinen Einfluß hat. Positiv versichere ich, daß Herr Erzberger mit meiner Ernennung nichts zu tun hat.

Heffferich: Sprechen wir doch ehrlich. Sie spielen in eine viel größere Rolle, als sonst ein Regierungsrat.

Zeuge: Das gehört zu den Märchen, die von kommunistischer und rechtsstehender Seite über mich verbreitet werden.

Der nächste Zeuge Otto Wolff bestreitet entschieden, von Erzberger Ratschläge erhalten zu haben. Ebensowenig habe er durch ihn finanziell Nutzen bezogen. Vorsitzender: Herr Erzberger sind nicht durch Sie? Zeuge: Nein. Er glaube nicht, daß sein Teilhaber Strauß durch seine Beziehungen zu Erzberger in die Staatsstellung gekommen sei. Vorsitzender: Haben Sie nicht etwa durch Herrn Strauß vorzeitig erfahren, daß Frieden geschlossen werden würde oder haben Sie von anderen bevorstehenden Maßnahmen Kenntnis erhalten, die für Sie von geschäftlichem Interesse sein konnten? Zeuge: Ich habe weder einen Vorteil gehabt, noch Informationen bekommen oder verlangt.

Staatskommissar von Berger bestreitet, daß Erzberger irgend eine Einwirkung auf die Anstellung von Strauß gehabt habe. Vorsitzender: Es ist doch auffallend, daß der Inhaber eines so großen Unternehmens gleichzeitig hoher Staatsbeamter ist. Zeuge: Herr Strauß hat dem Staat bei der Abwehr der linksradikalen Bewegung sehr große Dienste geleistet und sich auch sonst um das Reich verdient gemacht. Dr. v. Gordon: Halten Sie es für möglich, daß ein Mann wie Strauß seine amtlichen Kenntnisse geschäftlich für sich ausnutzt. Zeuge: Das ist ausgeschlossen. Er sei auch nicht auf den Gedanken gekommen, daß die Doppelstellung zu Konflikten führen werde.

Es wird dann die Erörterung des Falles Richter vorgenommen. Heffferich gibt folgende Erklärung dazu: Ein Mann namens Richter gründete eines Tages eine Maschinenfabrik für Eisenbedarf, an der sich Abg. Erzberger mit 40 000 M beteiligte, bei einem Gesamtkapital von 100 000 M. Unter den übrigen Beteiligten befand sich auch Herr van der Kolk, dessen merkwürdigen Brief vom 27. November 1917 ich neulich schon erwähnt habe. In diesem Brief schreibt van der Kolk über eine geschäftliche Sache, über die er sich mit dem Ausschuß für Oele und Fette im Streit befand, dessen Entschädigung beim Reichsamt des Innern lag, daß er bereit sei, die Persönlichkeit, die entscheidenden Einfluß habe, mit 3 Proz. am Umsatz zu beteiligen.

Zeuge Erzberger: Herr van der Kolk ist während des Krieges in meinem Propagandabüro als holländischer Ueberseher tätig gewesen und hat mir wertvolle Dienste geleistet. Er bezog nur 450 M und mußte sich anderweitig betätigen. Im November 1917 schrieb er mir, er könne aus Holland große Mengen Oele und Fette einführen und wolle den Leuten, die damit zu tun hätten, 3 Proz. zur Verfügung stellen. Ich erklärte ihm sehr energisch, daß, was in den Kolonien üblich sei, für Deutschland noch lange nicht passe. Das sei gegen unsere Auffassung.

Zeuge van der Kolk: Herr Erzberger habe ihn wegen des Briefes stark angebaucht. Vorsitzender: Der Brief ist doch aber weitergegeben worden? Zeuge: Es muß ein Versehen gewesen sein. Ich hatte nicht die Absicht, jemand zu bestechen.

Parteinachrichten.

S.-P.-D.-Reichseisenbahnergruppe.

Aus Frankfurt a. M wird gemeldet: Reichseisenbahngruppe der sozialdemokratischen Partei Groß-Frankfurts. Unter dieser Bezeichnung wurde hier eine Vereinigung der Eisenbahnbeamten und Hilfsbeamten, die sich zur sozialdemokratischen Mehrheitspartei bekennen, ins Leben gerufen. Die Gruppe bildet ein Glied der Partei und will im Sinne des Reichsbeamtenbeirats der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Reihen der Eisenbahnbeamten und Hilfsbeamten den freiheitlichen Gedanken nützen und fördern helfen. Es ist dies die erste mehrheitssozialdemokratische Eisenbahnergruppe Südwestdeutschlands.

Die Bezirksleitung der S. P. D. für den Niederrhein hat einstimmig den Beschluß gefaßt, den regelmäßigen Parteibeitrag für Männer auf 40 Pfg, für Frauen auf 25 Pfg die Woche zu erhöhen. — Eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins Wandsbek erklärte sich einstimmig für Erhöhung der monatlichen Parteibeiträge ab 1. März, und zwar auf 1,50 M. für männliche und 1 M. für weibliche Mitglieder.

Eine vom Niederschlesischen Agitationsbezirk einberufene Bezirkskonferenz, die sehr zahlreich besucht war, tagte am Sonntag, den 8. Februar, in Görlitz. Die Konferenz, an welcher auch die im Bezirk gewählten Abgeordneten der National- und Preußischen Landesversammlung teilnahmen, beschloß zur Stärkung des Wahlfonds die Einführung eines monatlichen Ertragbeitrages von 50 Pfg. Die weiblichen Mitglieder sollen vom Ertragbeitrag befreit sein, jedoch erklärten die anwesenden Frauen, die gleichen Pflichten wie die Männer freiwillig übernehmen zu wollen. Der Bezirk ist nach den Beschlüssen des Parteiausschusses erweitert, ihm sind jetzt dem 1. Januar alle zum Regierungsbezirk Liegnitz gehörenden 20 politischen Kreise angeschlossen. Es bestehen zurzeit 271 Ortsgruppen mit 25 000 Mitgliedern. Das Parteileben ist in allen Ortsgruppen sehr lebhaft und macht sich die Anstellung weiterer Parteisekretäre notwendig. Seit dem 1. Januar 1920 gibt der Bezirksvorstand ein Mitteilungsblatt heraus.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Heimsendung der englischen und russischen Kriegsgefangenen.

Amsterdam, 18. Februar. Wie „Telegraaf" aus London meldet, haben O'Grady und Litwinow am 12. Februar in Kopenhagen ein Abkommen über den Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen unterzeichnet. Man erwartet, daß die englischen Kriegsgefangenen binnen einem Monat Rußland verlassen haben werden.

Die Verhandlungen mit Rußland.

Kopenhagen, 18. Febr. Der russische Sowjetvertreter Litwinow macht: bekannt, daß die Verhandlungen mit den Vertretern der russischen kooperativen Gesellschaften glatt verlaufen. Die Verhandlungen betreffen namentlich die Lieferung von Eisenbahnmaterial und landwirtschaftlichen Maschinen. Rußland werde als Bezahlung Gold ausführen.

Das amerikanische Fleisch und Europa.

Haag, 18. Febr. Wie „Nieuwe Courant" aus New York meldet, ist die amerikanische Fleischausfuhr infolge des Standes der Wechselkurse zum Stillstand gekommen. Hierdurch ist in Amerika ein starkes Fallen der Fleischpreise verursacht worden.

Der Friede mit der Türkei.

London, 17. Febr. Die Friedenskonferenz hat die vorläufige Prüfung der ganzen türkischen Frage beendet. Es wird jetzt mit der Aufstellung des Friedensvertragsentwurfs begonnen. Die Antwort an Wilson wurde dem amerikanischen Botschafter heute abend ausgehändigt.

Immer noch Krieg.

Haag, 18. Febr. Dem „Nieuwe Courant" zufolge sind in London Meldungen eingetroffen, wonach die türkischen Streitkräfte Mustapha Kemale in der Gegend von Zeimm die Armenier angegriffen haben und jetzt gegen Bagdad vordringen. Bis jetzt seien 7000 Tote und Verwundete zu verzeichnen.

Französischer Bergarbeiterstreik in Aussicht?

Paris, 18. Febr. Nach der „Liberté" ist ein Konflikt mit den französischen Bergarbeitern zu erwarten wegen der erhöhten Beitragsleistung von ¼ Prozent des Lohnes. In einer Sitzung der Bergarbeiter-Gewerkschaft sei erklärt worden, man könne nicht nachgeben, so daß also eine Streikdrohung für den 1. März aufs neue ins Auge gefaßt werden könnte.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Max Sendewitz, für „Aus dem Stadtkreis" und Gewerkschaftliches: Willy Lanzke für „Aus dem Bezirk und Bezirk" K. Garde, für den Anzeigenteil: Wilhelm Hertzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Walhalla-Operettentheater.
Anfang 7½ Uhr.
Nur noch bis Sonntag:
Ein armer Musikante.
Montag:
Schwarzwaldmädel.
Sonntag ¼4 Uhr:
Rapunzel mit dem langen Haar.
Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Stadt-Theater
Freitag, d. 20. Febr. 20, Anfg. 7. Ende 10½ Uhr:
Figaros Hochzeit.
Sonnabend nachm.: **Don Carlos.**
Sonnabend abend: **V. Konzert.**

Thalia-Theater.
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 22. Febr. 1920.
Anfang 7 Uhr:
Nora.

Schlafzimmer und Küchen
in allen Farben u. großer Auswahl,
Wohn-, Speise- und Herrenzimmer
auch einzelne Möbel, Schränke u. Vertikos empfiehlt
H. Bergmann,
Inh. A. Ebeling,
Möbelfabrik u. Magazin
Halle a. G., Fleischerstr. 30/31.

Betriebsräte Behörden, Arbeitgeber
Kommentar zum Betriebsrätegesetz von Dr. Georg Flatow mit Anhang enthält den vollständigen Text des Gesetzes sowie der Wahlordnung. Preis geb. Mk. 8 + Teuerungszuschlag
Verlag Vorwärts
Führer durch das Betriebsrätegesetz Bearbeitet von Gewerkschaftssekretär Leichtenstern und Rechtsanwalt Dr. Erich Cohn. Enthält auch die Wahlordnung. Preis geb. Nk. 1,50 + Teuerungszuschlag
Zu beziehen durch
die Buchhandlung der Volksstimme G. m. b. H.
Besuchen Sie unseren Laden Große Ulrichstraße 27 oder senden Sie die Bestellung und Betrag durch Postkarte auf unser Postscheckkonto, Leipzig 87573, auf.

Lampen Kocher Plätten
u. alles was man braucht f. Gas u. Elektrisch, kauft man am besten bei
Kurt Litzenberg, Metallw.-Fabr., Laden: Gr. 5 einstr. 11.
Bei Reparatur rufe man 4025 und 4316 an

Apollo-Theater
Heute 7 Uhr z. letzt. Male:
„Eine **Ballnacht".**
Freitag, 20. Febr., 7 Uhr: Zum ersten Male
Der **Regimentspapa.**
Bandeville in 3 Akten von Kessler und Sindbizer.
Musik von **Viktor Holländer.**
In Szene gesetzt von Dir. Walter Steinert.
Musikalische Leitung Kapellmstr. K. F. Adolf.
Ueberall Stürmischer Lacherfolg!
Hauptdarsteller: Fritz Schaff als „Regimentspapa", Hanny Köbe, Joseph Wallis, Tom Grisar, Lisa Gastner, Berthold Rose, Arth. Cuevas, Felix Gingan, Hans Bahr u. a.
Vorverkauf 9—1 u. 5—6.

Stellen finden

Tüchtiger, selbständiger
Werkzeugschlosser
wird sofort für dauernde Beschäftigung eingestellt.
Bühring Akt.-Ges., Landsberg (Bez. Halle).

Zwei Arbeiterfamilien
werden sofort gesucht.
L. Weise, Zickeritz, Bahnstat. an Großbeta.

Tüchtige, selbständige
Kesselschmiede, Schmiede, Schlosser,
die bereits an Lokomotivkessel gearbeitet haben, werden sofort für dauernde Beschäftigung eingestellt
Bühring Akt.-Ges Landsberg, Bez. Halle.

Wir haben noch einen kleinen Bestand guter unterhaltender Bücher für die Jugend mit zum größten Teil Friedenseinbänden in Leinen:
Neues Schatzkästlein, Erzählungen für jung und alt . . . . gebdn. 4.50
J. P. Hebel, Schatzkästlein des rheinischen Hausfreundes . . . gebdn. 4.50
Theodor Kransbauer, Aus meiner Mutter Märchenschatz . . . gebdn. 4.50
Andersens Märchen mit Schattenbilder von Joh. Bechmann . gebdn. 4.95
Gebr. Grimm, Elfenmärchen gebdn. 4.50
Buchhandlung der Volksstimme
Grosse Ulrichstrasse 27.
Bestellung nehmen auch alle Austrägerinnen entgegen.

Kaufgesuche

Höhere Preise
für alle Sorten
Felle, Häute, Wolle, Wildfelle, spez. Füchse, Iltisse, Marderfelle etc.
zahlen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2.

Alt-Metalle
kauft z. höh. Preis.
Gebr. Plato, Gr. Brauhausstr. 29.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 9 Uhr.

Zahle für
Haus-bumpen Kilogramm 1.50 bis 2.00
Alt-Eisen frei von Blech kg. 1.00 Mk.
Felle:

Ziegen	bis	190 Mk.	Maulwürfe	bis	17 Mk.
Kanin	„	18 Mk.	Iltisse	„	250 Mk.
Hasen	„	25 Mk.	Marder la.	„	1700 Mk.

Ferner:
Alle and. Sorten Felle, Häute, Wolle etc. zu höchst. Tagespreis, Papier, Knochen, Metalle usw. zu gleich hohen Preisen.
Paul Mende,
Rohprodukten-Großhandlung,
Alter Markt 11. Telephon 2409.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei billiger Ausführung u. normal. Preisen
Kurt Tucker, Uhrmacher
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Bar. Hüttenkäse).

Stimmungen sowie **Reparaturen**
an Flügeln, Pianos, Harmoniums werden fachgemäß ausgeführt.
B. Döll, Klavierfdlg.,
Gr. Ulrichstraße 33/34.
Telephon Nr. 4635.

504
Vernickeln, Erneuern
von Metallgegenständen jeder Art führt aus
Ferd. Hassenzepler,
Metallwarenfabrik, Barfüßerstr. 9. Telefon 1196.
Gegründet 1889.

Lampen Kocher Plätten
u. alles was man braucht f. Gas u. Elektrisch, kauft man am besten bei
Kurt Litzenberg, Metallw.-Fabr., Laden: Gr. 5 einstr. 11.
Bei Reparatur rufe man 4025 und 4316 an

Sohlleder-Ausschnitt Bedarfsartikel
empfiehlt
Wilh. Kranig, Halle a. S.
Neue Promenade 15.

Delitzsch

Knoblauchwurst-Verkauf
Freitag, den 20. d. Mts.,
von früh 8 bis 12 Uhr auf Abschnitt Nr. 107 der Lebensmittelscheine:
Nr. 5401 bis Schluß bei Fleischermeister Küster,
auf Abschnitt Nr. 114:
Nr. 1 bis 420 bei Fleischermeister Brendel,
Nr. 421 bis 840 „ „ Braune,
Nr. 841 bis 1295 „ „ Bäckermann
je 100 Gramm zum Preise von 2.40 Mk. für das Pfund.
Delitzsch, den 18. Februar 1920.
Der Magistrat.

Weißenfels

Quarkverkauf.
Von heute mittag 1 Uhr ab findet in nachstehenden Geschäften gegen Abgabe der 19. Marmelademarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von 1.— Mk. abgegeben.
Petzold. 23 226—24 350
Die Abholung hat bis zum 20. 2. mittags 12 Uhr zu erfolgen.

12. Buttermarke.
Von Freitag früh ab findet in sämtlichen Buttergeschäften Verkauf von Auslandsschmalz statt. Auf jede Marke werden 30 Gramm zu Mk. 1.40 verabfolgt.
Auslieferungstag der Marken, Mittwoch, den 25. Februar

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200219-19/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Die Parteigenossinnen und Genossen der S. P. D. können als Gäste an der Bezirkskonferenz, welche am Sonntag, den 22. Februar, in den „Weißbier-Hallen" stattfindet, teilnehmen. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Sozialdemokratischer Verein für Halle. Sonnabend, den 21. Februar, abends 7½ Uhr findet eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung im „Weißbiersalon", Bernburger Straße, statt. Die Tagesordnung bringt 1. einen Vortrag des Genossen Adolf Thiele über Bebel, sein Wirken und Schaffen für die Arbeiterbewegung; 2. Geschäftliches; 3. Rezitationen, Gesang und Musik. Der Abend soll auch zugleich eine Begrüßungsfeier für die Delegierten zur Bezirkskonferenz darstellen. Die Genossinnen und Genossen werden aufgefordert, sich vollzählig an dieser Erinnerungs- und Begrüßungsfeier zu beteiligen. Gäste können eingeführt werden. Der Eintritt beträgt 50 Pfg. für eine Person. (Siehe heutiges Inserat.)

Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im „St. Nikolaus" große Funktionärsitzung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Sitzung des Parteiausschusses und der Redakteure in Berlin; 2. Stellungnahme zur Bezirkskonferenz; 3. Geschäftliches. Alle Funktionäre, Vorstandsmitglieder, Distriktsführer, Stadtverordnete, die Mitglieder der Presse und Agitationskommission und die Betriebsvertrauensleute müssen erscheinen. Mitgliedsbuch ist zur Kontrolle vorzuzeigen.

Verein Arbeiterjugend. Morgen, Freitag, den 20. d. Mts., abends 7 Uhr, findet wie üblich im Jugendheim, Kl. Berlin 11, unsere Zusammenkunft statt. In Anbetracht des für unsere Jugend so interessanten Vortrages „Revolution und Jugend", gehalten von dem Genossen Wort, erwarten wir von allen Genossinnen und Genossen zahlreiches und pünktliches Erscheinen. **Der Vorstand.**

Der Kampf um die Elternbeiräte in der preußischen Landesversammlung.

Die Landesversammlung hielt gestern nur eine kurze Sitzung ab. Zunächst wurde nach kurzer Aussprache der Gesetzentwurf über die Aufhebung der steuerlichen Vorrechte in eingemeindeten Ortsteilen an den Ausschuß verwiesen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien konnten es sich natürlich nicht versagen, bei dieser Gelegenheit die Geldsackinteressen wahrzunehmen und über die Verletzung der wohlerworbenen Rechte jener Angehörigen ehemals selbständiger reicher Gemeinden zu klagen. Dann wandte man sich der Beratung des Antrages aller bürgerlichen Parteien auf Verschiebung der Wahlen zu den Elternbeiräten zu. Sie wurde eingeleitet durch einen längeren Vortrag des Ministerialdirektors Jahnke, der allerhand Angriffe gegen den Erlaß des Kultusministers zurückwies, und die Absichten der Regierung darlegte. Der Deutschnationale Linz-Barmen ist ein Feind der Elternbeiräte, weil sie im engen verwandtschaftlichen Verhältnis zu dem bolschewistischen Rätesystem stehen, doch erklärte er sich natürlich als kluger Realpolitiker für die wenigen gesunden Gedanken, die man ihnen etwa abgewinnen könnte. Da Ministerialdirektor Jahnke dann erklärte, daß die Wahlen jetzt schon überall da hinausgeschoben werden können, wo es den Gemeinden wünschenswert erscheint, so zog der Demokrat Otto für seine Partei den Antrag zurück. Bemerkenswert ist, daß im Gegensatz zu den Deutschnationalen der deutsche Volksparteiler Dr. Boelitz die Elternbeiräte über den grünen Klee lobte. Morgen soll der Antrag weiterberaten werden.

•

WTB. Berlin, 18. Febr. 115. Sitzung. 3 Uhr. Der Gesetzentwurf **übersteuerliche Vorrechte in eingemeindeten** Ortsteilen steht zur 1. Beratung. Nach § 1 darf die zwischen der Hauptgemeinde und dem eingemeindeten Ortsteilen am 1. April 1914 oder am Tage der Eingemeindung vorhandenen steuerliche Spannung nicht überschritten werden. Vertragliche Bestimmungen, die dem eingemeindeten Ortsteil weitergehende Vorrechte einräumen, werden aufgehoben. Das Gesetz soll rückwirkende Kraft ab 1. Oktober haben. Ein Zentrumsantrag will rückwirkende Kraft vom 1. April 1918 angeben und die Anwendung des Gesetzes in das Ermessen der Gemeinde stellen.

Ein Regierungsvertreter erklärt sich gegen den Antrag.

Die Vorlage geht nach kurzer Aussprache an den Gemeindeausschuß.

Es folgt die Beratung eines Antrages aller bürgerlichen Parteien, der die **Wahlen für die Elternbeiräte vorläufig aussetzen** und die Erlasse über diese dem verstärkten Unterrichtsausschuß zur Prüfung überweisen will.

Ein Regierungsvertreter bittet, dem Minister Freiheit zu lassen, den Erlaß durchzuführen. Es komme darauf an, den Zusammenhang zwischen Elternhaus und Schule zu schaffen. Es handele sich um einen ersten Versuch. Soweit es notwendig sei, werde der Minister den Erlaß ändern, sobald Erfahrungen vorliegen.

Abg. Linz (Zn.): Wir sind im allgemeinen keine Freunde des Rätesystems, da es bisher meist im Zeichen der Ratlosigkeit gestanden hat.

Ministerialdirektor **Jahnke**: Es handelt sich nicht um parteipolitische Dinge, sondern um Schulfragen. Nur mit diesen sollen die Elternbeiräte befaßt werden. Die Wahlen können ja schon jetzt überall hinausgeschoben werden, wo es wünschenswert ist.

Abg. Wölitz (D. Vrt.): Es ist sehr wertvoll, daß künftig viele Fragen, die bisher nur im Lehrerkollegium beraten wurden, in Gemeinschaft mit den Eltern besprochen werden. Aber es wäre notwendig, die Einzelheiten zur Herausgabe des Erlasses im Erziehungsbeirat zu regeln. Wir befürchten sonst eine Politisierung dieser Wahlen.

Abg. Otto (Dem.): Ich begrüße die Erklärung des Regierungsvertreters und kann mit Rücksicht hierauf namens meiner Partei auf den Antrag verzichten.

Die Beratung wird abgebrochen.

Donnerstag 12 Uhr: Eisenbahngüterzuschläge.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 19. Februar 1920.

Unwahre Behauptung.

Wie uns von einem Genossen mitgeteilt wird, soll dieser Tage in einer bürgerlichen Parteiversammlung von einem Redner gesagt worden sein, daß die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und die Sozialdemokratie für die Auslieferung eingetreten seien. Das ist, wenn es gesagt wurde, eine **faustdicke Unwahrheit**. Der Standpunkt der Regierung ist in einer offiziösen Erklärung so sonnenklar dargelegt worden, **daß es daran kein Deuteln gibt**. Auch die Sozialdemokratie hat keinen Zweifel über ihre Stellung zu dieser Frage gelassen. Zu wiederholten Malen ist in der „Volksstimme" unsere Stellung zur Auslieferung haarscharf dargelegt worden. **Wir lehnen die Auslieferung deutscher Staatsbürger zur Aburteilung an feindliche Gerichte mit aller Entschiedenheit ab und fordern, daß wirklich Schuldige vor deutschen Gerichten zur Rechenschaft gezogen werden.**

Gegen Leichtgläubigkeit und Sorglosigkeit.

Eine in der letzten Zeit auffallende Erscheinung ist die Zunahme der Fälle, in denen es fremden Personen unter allen möglichen Vorwänden gelingt, in Privatwohnungen zu gelangen und dort zu stehlen. Obwohl nun jeder weiß, wieviel gestohlen und betrogen wird, hat doch aber man doch überall die größte Sorglosigkeit. Jeder entrüstet sich über die zunehmende Kriminalität und doch sind sehr viele, die sich beklagen mit verantwortlich zu machen.

Es besteht zunächst eine geradezu unverständliche Sorglosigkeit. Kommt ein fremder Mann in eine Wohnung als angeblicher Revisor, oder angeblich im Auftrage des Hauswirts zur Vornahme von Reparaturen, so fällt es den allermeisten ein, diese Angaben nachzuprüfen. Dem Fremden wird nicht nur Einlaß gewährt, sondern man läßt ihn auch allein arbeiten und läßt ihn unter irgend einem Vorwande aus dem Zimmer schicken und gibt so selbst die Möglichkeit zum Diebstahl. Es kann daher nicht dringend genug zur Vorsicht gemahnt werden. Allen Fremden gegenüber soll man die größte Zurückhaltung bewahren und ihre Angaben genau prüfen, um sich selbst vor Schaden zu bewahren. Wenn auch dieser oder jener einmal bei besonders vorsichtigen Leuten in eine schwierige Lage kommen mag, so ist das schließlich das kleinere Uebel. Jeder rechtdenkende ordentliche Mann wird hierfür Verständnis haben.

Eine weitere Mitschuld an den augenblicklichen Verhältnissen haben sehr weitere Kreise der Bevölkerung und zwar meistens die, welche sich am lautesten über die Unsicherheit und über die Zunahme der Kriminalität beklagen, dadurch daß sie selbst leichtfertig Gegenstände von unbekannten Personen erwerben. So werden die gestohlenen Sachen größtenteils unter der Hand verschoben. Leider sind die Abnehmer vielfach sonst rechtsordende ordentliche Leute, die sich in solche des Warenmangels und eines billigen Angebotes zum Ankauf bewegen lassen. Wer aber weiter denkt, wird sich selbst sagen, daß hierdurch Zustände einreißen, die unhaltbar sind. Jeder einzelne, ob hoch oder niedrig, ist davon berührt. Der Verbrecher wird so gut belohnt wie der Minderbemittelte, der Dieb — namentlich der Gelegenheitsdieb — fragt nicht, wer der Eigentümer einer Sache ist. Wo sich eine günstige Gelegenheit bietet, wird sie ausgenutzt.

Es ist daher Pflicht jedes Einzelnen, sein Teil dazu beizutragen, daß bessere Verhältnisse eintreten. Jeder ist dazu in der Lage. Die Polizei allein kann nicht helfen. Wenn weiter wie bisher Leichtgläubigkeit, Unachtsamkeit, Sorglosigkeit und eine vielfach strafwürdige Weitherzigkeit bestehen bleiben, dann wird die Kriminalität keinesfalls abnehmen, sondern ins Ungemessene steigen.

Der Stand unserer Kohlenversorgung.

Aus dem Bericht des Generaldirektors Kötgeter, Geschäftsführer des Reichskohlenamtes und Vertreter des Reichskommissars für die Kohlenverteilung, welchen er zur Sitzung des Reichskohlenrates am 14. Januar 1920 gehalten hat, entnehmen wir nachstehende, zur Aufklärung der Allgemeinheit, wichtige Stellen: Da gerade in letzter Zeit ein Teil der Presse dahin beeinflußt worden ist, als ob die Förderung bereits den Stand vor dem Kriege erreicht hat, sei folgendes bemerkt: Wir hatten in unserem wichtigsten Kohlengebiete, dem Ruhrbezirk, im Jahre 1913 eine durchschnittlich monatliche Förderung von 9 545 000 To., im Herbst 1918 eine solche von 8 669 000 To. und in den Monaten September bis November 1919 eine Monatsförderung von 6 563 000 To. Die Monatsförderung im Ruhrbezirk war in den letzten Monaten also 68 Prozent von der Durchschnittsförderung des Jahres 1913 und 75 Prozent der Durchschnittsförderung des Herbstes 1918. Für Oberschlesien sind die entsprechenden Zahlen: 1913 durchschnittliche Förderung pro Monat 3 650 000 To., Herbst 1918 3 562 000 Tonnen; wir hatten hier im letzten Jahre des Krieges die Friedensförderung beinahe wieder erreicht. Vom Oktober bis Dezember 1919 sank jedoch die Förderung auf 2 502 000 Tonnen. Die Braunkohlenförderung ist bekanntlich während des Krieges außerordentlich gesteigert worden, da die großen chemischen und metallurgischen Kriegsbetriebe die Braunkohle zur Herstellung von Stickstoff, Aluminium usw. benötigten. Die Rohbraunkohlenförderung betrug in den letzten Monaten des Jahres 1919 durchschnittlich 94 Prozent der Monatsförderung vom Herbst 1918 und 116 Prozent der durchschnittlichen Monatsförderung von 1913. Der Vergleich mit dem Jahre 1913 nützt uns aber bei der Braunkohle wenig, weil in die Betriebe, derentwegen im Kriege die Braunkohlenförderung hauptsächlich gesteigert werden mußte, auch heute noch arbeiten. Immerhin kann festgestellt werden, daß die Rohbraunkohlenförderung sich im Laufe des Jahres 1919 wieder verhältnismäßig gut gehoben hat. Auch die Erzeugung von Braunkohlenbriketts ist in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres wesentlich gehoben worden. Sie hat in den letzten Monaten 86 Prozent der Erzeugung vom Herbst 1918 betragen und damit wieder die Friedenshöhe erreicht.

In der Steinkohlenförderung betrug die arbeitstägliche Leistung im Ruhrbezirk im Jahre 1913 380 000 To., im Sommer 1918 340 000 To., im Oktober-November 1919 aber 263 000 To. Welcher schwere Verlust in der Förderung durch den Bergarbeiterstreik im April 1919 hervorgerufen wurde, geht daraus hervor, daß die Förderung in diesem Monat pro Tag sich auf nur 88 000 To. stellte. In Oberschlesien liegen die Dinge ähnlich. Auch dort ist durch die Streiks im Januar und August 1919 ein Ausfall von rund 40 000 To. für den Arbeitstag zu verzeichnen. Heute beträgt die arbeitstägliche Förderung an der Ruhr ungefähr 265 000 To. und in Oberschlesien 105—110 000 To.

Oft wird die Frage aufgeworfen, wie es denn möglich ist, daß wir bei solchen zahlenmäßigen Verhältnissen eine so ungeheure Kohlennot haben. Zur Erklärung muß man sich zunächst die Qualitätsverschlechterung vor Augen halten, die bekanntlich bei der Steinkohle ganz außerordentlich hoch ist. Dann muß man sich klar machen, daß auch sonst die Verhältnisse sich sehr verschoben haben. Beim Zechenselbstverbrauch angefangen, so war dieser vor dem Kriege z. B. im Ruhrbezirk ungefähr 7 Prozent der Förderung, heute ist er bei der geringeren Förderung 11½ Prozent. Ebenso ist es mit den Deputatkohlen, einem verhältnismäßig kleinen, aber ebenfalls absolut und relativ gestiegenen Posten; wir haben an der Ruhr heute eine Belegschaft von 470 000 Mann gegen 390 000 Mann 1913. Der Verbrauch der Eisenbahnen betrug vom April bis November 1919, also in den ersten 8 Monaten des Wirtschaftsjahres 1919/20, 7 657 000 To. gegen 7 758 000 To. im gleichen Zeitraum 1913, und 9 110 000 To. April—November 1918, also 99 Prozent des Friedensverbrauchs und 84 Prozent des Verbrauchs im letzten Kriegsjahr. Allein diese wenigen Beispiele sag ich schon viel. Sie könnten noch fortgesetzt werden, erwähnt sei aber nur noch, daß wir seit der Vorkriegszeit auch viel neuen Bedarf haben für Industrien von Ersatzstoffen aller Art, wie die schon erwähnte Stickstoffindustrie und viele Betriebe der Volksernährung, ferner stark Kohlenverbraucher.

Die Haldenbestände betrugen Ende Oktober an der Ruhr 832 000 To., in Oberschlesien 700 000 To. und sind nach den letzten Meldungen — vor dem Verkehrsstreik — an der Ruhr auf 524 000 To. (darunter 393 000 To. Koks) gesunken, in Oberschlesien auf 415 000 To. Es wäre aber ganz falsch, anzunehmen, daß damit nun für die Kohlenversorgung die Verlegenheit behoben wäre. In letzter Zeit hielten zwar unter äußerster Bevorzugung der Kohlentransporte — man denke nur an den Zustand des Personenverkehrs — die Förderung und die Abbeförderung der Kohle sich ungefähr die Wage, auch ein Teil der Halden ist aufgeladen worden, aber die Betriebslage ist noch noch wie vor äußerst angespannt, was sich insbesondere auch in der Wagenstellung für die einzelnen Zechen täglich zeigt. Der Verkehrsstreik hat im Januar uns, abgesehen von den augenblicklichen schweren Störungen, wieder ein tüchtiges Stück zurückgeworfen, denn die Eisenbahn wird nach dem Streik Wochen brauchen, bis sie den Betrieb wieder in Ordnung hat.

Durch den ständig steigenden Verbrauch der Bahnen war es nicht möglich gewesen die Eisenbahnen mit Wintervorräten zu versehen, sodaß sich die Lage immer schwieriger gestaltete. Bei einigen Bahnen waren die Bestände bis auf 3—7 Tage gesunken.

Von den Gasanstalten liegen mittlere und kleinere Werke in allen Teilen des Reiches seit längerer Zeit still. Die Notlage ist überall gleich, wie sich am deutlichsten darin zeigt, daß auch in den Kohlenrevieren und den in deren unmittelbarer Nähe liegenden Gasanstalten nur mit Mühe ganz beschränkte Mengen zugeführt werden können. Die Sperrstunden haben in der letzten Zeit wohl bei allen Gasanstalten eine weitere Ausdehnung erfahren, sodaß heute eine 16—18stündige Sperre der Gasabgabe innerhalb 24 Stunden auch bei Großgasanstalten keine Seltenheit ist. Wie angespannt die Betriebslage ist, zeigt der Bestand sämtlicher deutscher Gasanstalten, der am 1. Dezember 1919 174 000 To. betrug gegen 458 000 Tonnen am 1. Dezember 1918, bei einem derzeitigen eingeschränkten Monatsbedarf von 700—800 000 To.

Dem Hausbrand Wintervorräte von Belang zuzuführen, ist bekanntlich nicht möglich gewesen. Im Durchschnitt des Reiches sind von den Hausbrandbezugscheinen bis jetzt 56 Prozent der ratierlichen Monatsraten beliefert. Das heißt also, daß der Hausbrand (einschl. Landwirtschaft), soweit er auf dem Bahn- und Wasserwege versorgt wird, durchschnittlich ungefähr 60 Prozent der vorschriftgen Mengen bekommen hat. Die Hausbrandversorgung ist damit verhältnismäßig immer noch besser als die der Industrie. Infolge der Unzunft der Verhältnisse, insbesondere der Verkehrsverhältnisse ist die Versorgung auch immer noch recht ungleichmäßig, wenn man sich auch selbstverständlich bemüht, die vorgeschriebenen Mengen dahin zu bringen, wo die Mißfälle am größten sind. Die ungenügende Belieferung des Hausbrandes hat besonders große Not bei öffentlichen Anstalten, wie Krankenhäusern und dergl., zur Folge. Auf dem Lande fehlt es der Landwirtschaft an der dringendsten Drusch- und Pflugkohle, Meierei- und Schmiedekohle, an Kohlen zum Trocknen und Brennen der Kartoffeln, was natürlich eine Gefährdung der Volksernährung bedeutet. In der Tat haben große Mengen frostgefährdeter Kartoffeln nicht verarbeitet werden können und sind so der Volksernährung verloren gegangen.

Ständige Not herrscht auch bei der Versorgung der Fischdampfer mit Bunkerkohle. Diese können die fertige Nahrung aus dem Meere holen, die Fischfänge sind gut, reichlich, aber immer wieder liegen die Dampfer unnütz herum wegen Mangels an Bunkerkohlen.

Daß die Versorgungslage der Industrie sich in den letzten Monaten bedeutend verschlechtert hat, ist bekannt. Schon der höhere Winterbedarf der Industrie mußte eine Erschwerung der Lage bringen, die Lieferungen an die Entente und die verspäteten Lieferungen an die Eisenbahnen trafen aber natürlich gerade zum weitaus größten Teil die Industrie und den Hausbrand. Zahlreiche Hochöfen mußten ausgeblasen oder gedämpft werden; von den 29 Siegerländer Hochöfen, die bekanntlich die an Ort und Stelle gewonnenen hochwertigen Erze verhütten und deren Roheisen für unsere Stahlerzeugung von größter Wichtigkeit ist, sind nur 18 im Feuer und werden zum Teil nur schwach betrieben. Die Stahlwerke des Siegerlandes liegen seit Monaten fast ganz still. Lokomotivbriken sind wiederholt zum Stillstand gekommen, trotz aller Bevorzugung in der Belieferung. Gerade die Eisenindustrie wird durch die Wirkung der Ententelieferungen besonders betroffen, weil sie großenteils gerade dieselben Kohlenarten und -sorten braucht, wie sie auch für die Ententelieferungen beansprucht werden. Erschwert wird die Lage im rheinisch-westfälischen Industriebezirk auch dadurch, daß auch in der Belieferung der großen Elektrizitätswerke des Reviers, z. B. Düsseldorf, Reisholz, Hattingen, Dortmund, Hagen, Siegen, Störungen eingetreten sind, die diese Werke zu Einschränkungen und zeitweiser Abschaltung der Industrie gezwungen haben.

Die Fusuhr von Kohlen in aufs äußerste eingeschränkt, von der Einfuhr ist Hilfe von Belang nicht zu erhoffen. Es bleibt also nur übrig die ganze intensive Steigerung der Kohlenförderung und Besserung der Qualität der Kohle mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Wir können in Deutschland keine Aufgabe lösen, ohne gleichzeitig die Kohlenfrage zu klären. Also müssen alle wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen sich in erster Linie mit allem Nachdruck darauf richten, die Kohlenproduktion schleunigst und kräftig zu steigern und was gleichzeitig getan werden muß, die Leistungsfähigkeit unserer Bahnen entsprechend zu heben.

Der Erlaß über Elternbeiräte.

Von zuständiger Stelle wird den P. P. N. mitgeteilt: In einem Teil der Tagespresse wird die Ansicht verbreitet, daß der Erlaß über Elternbeiräte das Werk bestimmter sozialdemokratischer, oft namentlich genannter Mitarbeiter im Ministerium sei. Die Unterrichtsverwaltung hält es für außerordentlich bedenklich, wenn durch derartige Veröffentlichungen der Anschein erweckt wird, als ließe eine Zentralbehörde entscheidende Erlasse heraus, für die lediglich Einzelpersonen die Verantwortung zu tragen hätten. Demgegenüber sei folgendes festgestellt: Der Erlaß über Elternbeiräte ist in gemeinschaftlicher Arbeit der Abteilungen für höheres und Elementarschulwesen beraten und genau festgelegt. Alle Referenten dieser Abteilungen sind daran beteiligt. Auch die Vertreter der großen Lehrerorganisationen sind in einer Sonderfassung des pädagogischen Beirates gehört worden. Bei der naturgemäß verschiedenen Auffassung über Einzelfragen war die Mehrheit derselben durchaus für den Grundgedanken der Elternbeiräte. Persönliche Angriffe auf einzelne Mitglieder sind schon deshalb nicht berechtigt, weil auch die Ausführung des Erlasses durchaus nicht einzelnen Referenten übertragen ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200219-19/fragment/page=0005

Von der Straßenbahn überfahren. Gestern vormittag kam ein in der Artillerielstraße wohnender Schüler beim Aufspringen auf einen in der Fahrt befindlichen Motorwagen an der Ecke Merseburger Straße—Riebeckplatz zu Fall. Er geriet unter den nachfolgenden Anhängewagen, wobei ihm der linke Fuß dicht überm Knöchel abgefahren und der Oberschenkel gebrochen und ausgekugelt wurde. Nach Aussage von Augenzeugen soll dem Schüler die alleinige Schuld treffen. Er wurde in eine Privatklinik aufgenommen.

Bereitelter Einbruch. In vergangener Nacht, gegen 2¾ Uhr, wurde bei einem Bankprokuristen in der Rudolf-Hanm-Straße ein Einbruch verübt. Durch das Hinzukommen des Wohnungsinhabers wurden die Täter gestört und entkamen unerkannt. Gestohlen wurde nichts.

Selbstmord. In der Mözlicher Straße ein lediger Buchhalter, der schwer nervenleidend war, erhängt aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

* **Am Fundbüro der Polizeiverwaltung** sind in der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1920 nachstehende Gegenstände als gefunden abgegeben worden: 10 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Armband mit Uhr, 1 Stickbuch und Garn, 1 einzelner Handschuh, 1 Handtasche mit Inhalt, 1 Taschenmesser, 3 Handtücher, 1 Kinderpelztragen, 1 leerer Reisekorb, 1 Pferdedecke, 1 Dachshund, 1 Schäferhund, 1 Dobermann-Rüde, mehrere Schlüssel. Die unbekannten Eigentümer werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 3 Monaten im Polizeiverwaltungsbüro, Dreyhaupstraße 4, Zimmer 100, geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

* **Vom Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft** erhalten wir folgende Zuschrift: Zwecks Verteilung des Ackers an der Grube von der Heydt werden hiermit alle diejenigen Inhaber von grünen Ackerkarten aus Halle, Diendorf und Radewell aufgefordert, sich nachmittags 1 Uhr, am Freitag, den 20. Februar, an der Grube v. d. Heydt einzufinden.

*

Die Weitervergebung des Ackers am Beesener Weg findet Sonnabend, den 21. Februar 1920, nachmittags 1 Uhr dortselbst statt, alle diejenigen, welche zu dieser letzten Vergebung nicht erscheinen, haben dann später kein Anrecht mehr auf eine Parzelle.

Aus dem Verbreitungsbezirk.

Erweiterte Bezirks-Preßkommission.

Am Sonnabend, den 21. Febr., abends 8 Uhr findet im „Weißbiersalon"

Sitzung der erweiterten Bezirkspreßkommission

statt. Sämtliche Mitglieder der Preßkommission, vor allem die auswärtigen Genossen, müssen zu dieser Sitzung erscheinen. **Der Vorstand.**

An die Ortsvereine im Bezirk. Es wird in den nächsten Tagen ein Flugblatt gedruckt, daß kurz die Vorgänge am 13. Januar vor dem Reichstagsgebäude in Berlin behandelt. Ferner kommt eine Broschüre heraus, die die Reden der Genossen Osterroth und Bender im Reichstage, über das Betriebsrätegesetz, enthält. Die Broschüre kann nur gegen Bezahlung abgegeben werden und wird voraussichtlich 30 Pfg. das Stück kosten. Bestellungen sind an das Sekretariat des Bezirksverbandes zu richten. Es können aber auch die Delegierten zur außerordentlichen Bezirkskonferenz die nötigen Exemplare mitnehmen.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: R. Drescher.

Zwangsweise Wohnungsräumung.

Ueber die Frage, ob der Gerichtsvollzieher befugt ist, eine Wohnung zwangsweise zu räumen, wenn ein anderweitiges Unterkommen im Orte für den hinausgesetzten nicht vorhanden ist, gibt zunächst Auskunft die allgemeine Verfügung des preuß. Justizministers vom 10. Dez. 1918.

„Bei der herrschenden Wohnungsnot ist es geboten, die Räumung von Wohnungen im Wege der Zwangsvollstreckung, falls mit einer Obdachlosigkeit der aus dem Besitze zu setzenden Personen zu rechnen ist, nicht zu vollziehen, bevor der Ortspolizeibehörde Gelegenheit gegeben worden ist für die Unterbringung dieser Personen zu sorgen.

In Ergänzung der Vorschrift im § 94 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher vom 24. März 1914 (J. M. Bl. S. 343) wird deshalb bis auf weiteres angeordnet, daß der Gerichtsvollzieher vor der Räumung von Wohnungen in allen Fällen, in denen es zweifelhaft ist, ob die aus dem Besitz zu setzenden Personen sofort ein anderes Unterkommen finden können, wegen der Unterbringung dieser Personen — vorbehaltlich entgegenstehender Weisung des Vollstreckungsgerichts — die Mitwirkung der Ortspolizeibehörde zu erbitten hat."

Hiernach muß sich also der Gerichtsvollzieher mit der Ortspolizeibehörde in Verbindung gesetzt haben, ehe er durch Vollzug der Räumung die Obdachlosigkeit herbeiführt. Und ziemlich allgemein ist die Verfügung so aufgefaßt worden, daß die Zwangsräumung unterbleiben müsse, wenn eine andere Wohnung nicht beschafft werden kann. Daraus haben sich aber doch so schwere Unzuträglichkeiten ergeben, daß der Preuß. Staatskommissar für das Wohnungswesen unter dem 7. Mai 1919 verfügte, es solle den zuständigen Polizei- und Gemeindebehörden zur Pflicht gemacht werden, „bei Eingang der Anzeige eines Gerichtsvollziehers von einer bevorstehenden Räumung im Wege der Zwangsvollstreckung unverzüglich alle denkbaren Schritte zur Unterbringung der aus dem Besitz zu setzenden Personen zu ergreifen."

Die behördliche Tätigkeit soll also nicht erst einsetzen, wenn die Obdachlosigkeit bereits eingetreten ist. Was aber dann, wenn sich kein anderes Obdach auftreiben läßt? Und was heißt es, der Gerichtsvollzieher solle wegen Unterbringung des Hinausgesetzenden die Mitwirkung der Polizei erbitten? Zur Räumung bedarf es der Mitwirkung der Ortspolizei nicht. Oder darf er, oder muß er auf Antrag der Polizei die Räumung auf eine angemessene Frist hinaus schieben? Letzteres hat der Justizminister verneint. Die Gewährung einer Räumungsfrist unterliegt nach § 721 Zivilprozeßordnung der Entscheidung des Gerichts.

So steht die allgemeine Verfügung vom 10. 12. 18 entweder im Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen, oder sie ist angesichts des überall herrschenden Wohnungsmangels wirkungslos. Erst müssen mehr Wohnräume geschaffen worden sein, oder die Mieteinigungsämter müssen, wenn nicht auf gütlichem Wege, so durch Zwangsmietverträge gemäß § 4 der Wohnungsmangelverordnung vom 23. Sept. 1918 in Verbindung mit dem Erlaß des Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 27. Aug. 1919 leerstehende Wohnungen beleben und zu große Wohnungen freimachen können. Erst dann gewinnt die Mitwirkung der Ortspolizeibehörden einen tatsächlichen Inhalt. Aus der Erkenntnis heraus, daß die allgem. Verfügung vom 10. 12. 18 nicht genügt, hat der Preuß. Justizminister unter dem 23. Juni 1919 angeordnet:

„Die Allgemeine Verfügung vom 10. Dezember 1918 (J. M. Bl. S. 501 Nr. 193) wird dahin geändert, daß die aufsichtsführenden Amtsrichter nach Benehmen mit den zuständigen Polizei- und Gemeindebehörden bestimmen, welchen Dienststellen die Gerichtsvollzieher von der bevorstehenden zwangsweisen Räumung einer Wohnung Nachricht zu geben haben."

Nach dieser neuen Verfügung sollen somit die aufsichtsführenden Amtsrichter nach Benehmen mit den zuständigen Polizei- und Gemeindebehörden bestimmen, welchen Dienststellen die Gerichtsvollzieher von der bevorstehenden zwangsweisen Räumung einer Wohnung Nachricht zu geben haben.

Ob damit freilich viel gewonnen ist und mehr erreicht wird, ist zu bezweifeln, denn die Tatsache, daß keine andere Wohnung zur Verfügung steht, rechtfertigt an sich die Verweigerung der Vollstreckung nicht (so auch Stern, Erläuterungen zur Mieterschutzverordnung). Es wird auch durch die neue Verfügung nicht vorgeschrieben, die Vollstreckung von einer Anweisung des aufsichtsführenden Amtsrichters oder des Vollstreckungsrichters abhängig zu machen. Nur sollen die Gerichtsvollzieher vor Ausführung des Räumungsauftrages der zuständigen, ihnen bezeichneten Behörde oder deren Dienststelle Kenntnis von der bevorstehenden Räumung geben, damit diese für ein Obdach sorgt. Auch die aufsichtführenden Amtsrichter oder Vollstreckungsrichter dürfen die Räumung nicht verbieten sondern müssen evtl. auf Antrag des Gläubigers dem Gerichtsvollzieher Anweisung zur Vollstreckung geben; und, nun zeigt es sich, ob die Mitwirkung der Polizeibehörde tatsächlich und wirksam war: Wenn der Gerichtsvollzieher auftragsgemäß zur Vollstreckung schreitet, und die Mitwirkung der Ortspolizei versagt — eine Gefahr, die auf dem Lande größer ist als man gemeinhin annimmt, dann liegt unter Umständen eine Kriegerwitwe mit 7 Kindern im wahrsten Sinne des Wortes auf der Straße, bis sie aus Gnade und Barmherzigkeit irgendwo aufgenommen wird, wie das der Unterzeichnete in seiner Praxis als Vorsitzender des Mieteinigungsamtes tatsächlich erlebt hat.

An Wohnräumen fehlts, neue Unterkunftsmöglichkeiten müssen so rasch als möglich geschaffen werden; entweder durch Neubau oder durch die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes oder vielmehr durch beides nebeneinander. Die eine Tätigkeit darf die andere nicht ausschließen. Die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes wird aber umso erfolgreicher sein, je mehr die Bevölkerung, die im Besitze einer Wohnung ist, sich von der Not ihrer Mitmenschen, die keine Wohnung haben, überzeugen läßt.

Dr. Hanswald.

Können Parteigenossen und Genossinnen Achtung! Das für Sonnabend, den 1. Februar, angesetzte Stiftungsfest findet wegen der am Sonntag, den 22. Februar, stattfindenden Bezirkskonferenz erst am Sonnabend, den 28. Februar, statt. Näheres wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Trebnitz. Opfer ihres Berufes. Von niederfallenden Schöpfeisseln eines Baggers wurde auf der Grube „Vollert" ein junger aus Gera gebürtiger Arbeiter getroffen, so daß ein Tod auf der Stelle eintrat. — Auf der Grube „Emilie" bei Teuchern verunglückte der Arbeiter Weael aus Unterwerschen an der Wasserpumpe so schwer, daß er auf dem Transport zum Knappschaftskrankenhaus verschied.

Oberröblingen am See. Parteiversammlung. In der am Sonntag stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Gen. Feller über den Staatsbankerott. Seine sachlichen, besonders die Folgen desselben für die arbeitende Klasse beleuchtenden Ausführungen fanden ungeteilten Beifall und führten eine lebhafte Diskussion herbei. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz, wurde Gen. Feller gewählt, der für das Vertrauen dankte und die Wahl annahm. Gen. Naumann stiftete zu den Unkosten desselben 5 Mk., was eine freiwillige Sammlung zur Stärkung unserer Lokalkasse zur Folge hatte. Trotzdem noch lange nicht alle Mitglieder anwesend waren, erbrachte diese Sammlung 67 Mk. Dies ist gewiß ein schöner Zug unserer Mitglieder und wird allen Gen. im Bezirk zur Nacheiferung empfohlen. Die Tagesordnung der Bezirkskonferenz wurde eingehend besprochen, um dem Delegierten Richtlinien zu geben. Auch soll der Vorsitzende mit dem Bezirksbildungsausschuß wegen eines Lichtbildervortrags in Verbindung treten. Zum Schluß fand eine lebhafte Aussprache über die Auslieferungsfrage statt, welche die Haltung unserer Partei und unserer Gen. in der Regierung billigte. Es muß leider bedauert werden, daß diese sehr interessante Versammlung von einem Großteil der Mitglieder nicht besucht war.

Zeitz. Auch im Zeitzer Winkel geht's voran. Am Sonntag fand im Preußischen Hof eine von unserer Partei einberufene öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse, Landtagsabg. Hesse-Braunschweig über die derzeitige politische Lage sprach. Er wies darauf hin, daß, wenn sich die Sozialdemokratie gegen die europäische Reaktion durchsetzen wolle, sie dies nur auf dem Boden der Demokratie tun könne. Im Interesse der Gesamtbewegung sei es nötig, daß der Einzelne seine Meinung nicht kürzerhin für ein Wunderkind zu halten habe, denn zur Befriedigung ehrgeiziger Pläne sei die heutige Zeit nicht angetan. Die Arbeiter sollen sich frei machen von Illusionen, denn es geschehe kein achtes Weltwunder, das ihnen mühelos eine bessere Zeit bringt. Der alte Geist der Solidarität müsse wieder einziehen. Heute gelte es nicht nur wie einst zu fordern und kritisieren, sondern durch Arbeit und willige Unterordnung zu beweisen, daß die Arbeiter verstehen ihren Staat aufzubauen. Die rechts gerichteten Bürgerlichen geißelte der Referent ebenfalls und er wies ihren Uebermut zurück, der sowie so schon sehr schlecht angebracht sei, da ihnen unser Volk leinen ganzen Jammer verdanke. Die Versammlung, deren Besucher in der Hauptsache aus Unabhängigen bestand, lauschte aufmerksam den überzeugenden Worten des zur Einigkeit mahnenden Genossen. An einigen Stellen wurde die Rede sogar von Beifall begleitet. Nur einmal rief ein junger Mann, der aber sofort von seinen eigenen Gen. zur Ruhe gemahnt wurde — „Koste". Gen. Hesse quittierte den Zwischenruf mit den Worten: „Vielleicht werden Sie sich noch einmal nach dem System Koste sehnen, wenn Sie erst das System Ludendorff zu spüren bekommen. Noch haben Sie die freieste Verfassung der Erde, noch haben Sie die Republik, noch haben Sie die Möglichkeit, die heutigen Verhältnisse im sozialistischen Sinne entwickelnd umzugestalten. Zu verteidigen was heute errungen ist, ist ungleich leichter als das an die Reaktion Verlorene wiedeerzugewinnen." Er ermahnte die Anwesenden, sich auf den von Ebert vorbereiteten Boden zu sammeln, der die Sozialdemokratie von Erfolgen zu Erfolgen führte. Dann wird die deutsche Arbeiterbewegung wieder wie einst die geschlossenste der Erde sein. (Stürmischer Beifall.)

An der folgenden Aussprache beteiligten sich die Unabhängigen Dümell, Leorold und einige andere. An den sachlichen Ausführungen des Gen. Hesse konnten alle Redner nichts aussetzen. Nur Dümell war der Ansicht, man solle die gefeierten Offiziere lieber auslisten, als daß man ein ganzes Volk darunter leiden ließe. Die Versammlung war ein voller Erfolg für uns. Der Rausch ist verflogen. Langsam begreifen die Massen, daß die unabhängigen Romantiker auch nicht mehr als Worte zu geben vermögen.

Zwei weitere große Versammlungen fanden statt am Sonnabend in Rehmsdorf und Sonntag nachmittag in Gleina. Auch hier sprach Gen. Hesse vor überfüllten Versammlungen und fand stürmischen Beifall. In Gleina konnte zur Gründung eines Ortsvereins geschritten werden. Es geht also auch in der unabhängigen Hochburg vorwärts. Alle Versammlungen verliefen sehr harmonisch.

Hettstedt. In Sachen Gericke contra Lebensmittelmagazin. Dienstag fand in Hettstedt eine Stadtverordnetensitzung statt, auf deren Tagesordnung der Punkt „Lebensmittelamt" stand. Es hatte sich eine ungeheure Menschenmenge eingefunden, die den Verhandlungen beiwohnen wollte. Da der Rathaussaal die Massen nicht fassen konnte, entstand ein ziemlicher Skandal und man forderte, daß die Stadtverordnetensitzung im Ratsfellersaal stattfinden sollte. Die Stadtverordnetensitzung wurde aber aufgehoben und es fand im Ratsfellersaale eine Volksversammlung statt. Der unabhängige Redner, der seinen Genossen Gericke verteidigen wollte, wurde von der über die ganzen Vorgänge sehr erregten Bevölkerung niedergeschrien. Der Unmut und die Entrüstung der Arbeiterschaft über das Treiben dieses sich „Sozialist" nennenden „Stadtoberhauptes" kam in der Versammlung unverfälscht zum Ausdruck. Die Phrasendrescher haben jetzt ob dieses wie eine kalte Dusche wirkenden Vorfalles in Hettstedt vorläufig keinen Boden mehr unter den Füßen. — Wie uns weiter mitgeteilt wird, wurde Gericke auf Veranlassung des Regierungspräsidenten seines Amtes enthoben und zusammen mit seinem Bruder, dem Klostermansfelder Gemeindevorsteher ins Gefängnis nach Halle abtransportiert.

Eisleben. Aus dem Stadtparlament. In der Montag stattgefundenen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Gerichtsassessor Dr. Waltsgott, geboren am 5. Mai 1886 zu Halle a. S. als Sohn des Apothekers Max Waltsgott, jetzt beim Magistrat in Stettin, zum zweiten Bürgermeister unserer Stadt gewählt. Sein Amtsantritt dürfte bald erfolgen. Am weiteren Verlaufe der Sitzung wurden 30 000 Mk. für Erweiterung der Stadtsparkasse bewilligt, sowie 1000 Mk. für die nach den Abstimmungsgebieten fliehenden Einwohner ausgeworfen. An der abgelaufenen Sitzung wurde der Ankauf des Friemannschen Villengrundstückes für die Zwecke einer zu errichtenden Landwirtschaftlichen Winterschule für 145 000 Mk. beschlossen. Dazu werden noch einige Kosten für diverse Umbauten usw. kommen, sodaß es sich vielleicht auf 200 000 Mk. am Ende stellen dürfte. Die Stadt dürfte dabei einen guten Griff getan haben. t

Eisleben. Raubmord? Beim Pflügen wurde die Leiche des seit 1 November 1919 vermißten Musikers Gottlieb Gerstenberg gefunden. Der Befund läßt auf Mord oder Raubmord schließen. Der Leichnam war unbekleidet.

Delitzsch. Die Hausfrau und die politischen Tagesfragen. Schlecht ist es mit mancher Frau bestellt, wenn der Mann am Abend zu seiner Versammlung eben möchte (und er geht), die Frau aber hat Lust am Verunken und ahnt nicht wie weh sie ihrem Manne tut, wenn sie bittet und bettelt, er möge sie zum Ball oder in das „Kino" begleiten. Daß aber eine verpaßte Versammlung für den Mann mehr Schaden bringt, als ein nicht besuchter Ball für das Frauchen, müßten diese Frauen auch bald erkennen. Wäre es aber nicht am Besten, wenn alle Frauen ihre Männer begleiten würden? Im Parteihaus könnten auch die Frauen im geselligen Verein mit ihren Mitschwestern Anregung und sehr oft auch Erbauung für die Sorgen des Alltags erhalten.

Aus aller Welt.

Wien. Die erschreckende Zunahme der Tuberkulose in Wien als Folge des Hungerelends geht aus folgenden Zahlen hervor: Im Jahre 1914 wurden 6228 Todesfälle an Tuberkulose gezählt, 1917: 11 741, 1918: 11 731, im Jahre 1919 mehr als 12 000. Es kamen demnach auf 100 000 Einwohner 480 Todesfälle, während in Paris, wo die Tuberkuloseisterblichkeit seit jeher eine große war, von 100 000 Einwohnern nur 275 an Tuberkulose starben, in London 140.

Briefkasten der Redaktion.

O. K., Maurerpolier. Zu der Angelegenheit erscheint noch ein vierter Artikel; im Anschluß daran werden wir auch Ihre Zeilen bringen, trotzdem dieselben das Problem nicht von der richtigen Seite anfassen. Es werden aber noch ein paar Tage darüber ins Land gehen.

Genosse G. Die 20 Jahre in der Broschüre sind ein Irrtum. Die Wahlberechtigung für die Betriebsratswahlen beginnt mit dem 18. Lebensjahr.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Fleischverkauf. Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 150 Gramm je Kopf (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es wird frisches Rindfleisch ausgegeben. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 21. d. M. durch die Fleischer, bei denen die Hausbelege zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der Fleischmarken für die Woche vom 16.—21. Februar 1920. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 24. d. M. an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für 150 Gramm 1,30 Mk.

Graupen. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. und 4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Graupen wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, den 20. Febr. 1920. Für jede Person eines Hausbeleges wird ¼ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 71 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Graupen einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 475 des Warenbezugsscheines 28. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept. und 4. Nov. 1915.

Städtischer Verkauf von Kerzen in der Talamtschule, am Freitag, den 20. Februar 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 43 500 bis zurück 38 501 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 38 500 bis zurück 34 001 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Hausbeleges wird ein Paket Kerzen zum Preise von 60 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Kerzen in der Talamtschule, am Freitag, den 20. Februar 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 43 500 bis zurück 38 501 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 38 500 bis zurück 34 001 nachmittags von 2—6 Uhr. Es werden an diejenigen Haushalte, welche in ihrer Wohnung keine elektrische Lichtanlage haben, 2 Kerzen zum Preise von 65 Pfg. das Stück abgegeben. Der Lebensmittelschein, in dem die Abgabe der Kerzen vermerkt wird, ist vorzulegen. Für Unregelmäßigkeiten beim Bezuge gelten die gesetzlichen Strafbestimmungen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Süßstoff. Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über den Verkehr mit Süßstoff vom 20. Juli 1916 und der Verfügung der Reichszuckerstelle vom 28. Juli 1917 wird in Ergänzung der Bekanntmachungen vom 7. September und 10. Oktober 1916 für den Stadtbezirk folgendes angeordnet: Für jede Person eines Haushaltes können zwei Briefchen Süßstoff (sogenannte H-Packung) zum Preise von 50 Pfg. für das Paket nach Maßgabe der aufgedruckten Bestimmungen in den Drogengeschäften oder in den Apotheken käuflich erworben werden. Bei dem Verkauf hat der Verkäufer die Marke 482 des Warenbezugsscheines 28 für je zwei Briefchen Süßstoff abzutrennen. Die Abtrennung des Warenbezugsscheinabschnittes ist unerläßlich und hat in jedem Falle zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, unter Angabe ihres Restbestandes binnen 14 Tagen einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept. und 4. Nov. 1915.

Halle, den 19. Februar 1920. **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200219-19/fragment/page=0006